

1921 gemacht. Dieser Tarif ist also die einzig mögliche Berg-Teichsgrundlage, von der man bei der Bewertung der jetzigen Gesetzgebung ausgehen kann. Im Juli des Jahres 1922 wurden die Steuerabzüge für Lohn- und Gehaltsempfänger und der Steuertarif abgeändert. Die Abänderung des Steuertarifs ist von praktischer Bedeutung überhaupt nicht gewesen, da der geänderte Tarif nur in sehr wenigen Fällen zur Anwendung gekommen ist.

Die Wirkung der jetzigen Abänderung des Tarifs wird weiter erläutert durch folgendes Beispiel: Der Veranlagungspflichtige mit einer Million Jahreseinkommen im Jahre 1922 hätte nach dem Tarif von 1921 385 500 M. Steuern oder 38,5 Proz. seines Einkommens zu zahlen gehabt. Nach der Neuregelung zahlt er nur noch 155 000 M. gleich 15,5 Proz. seines Einkommens. Die Ermäßigung, die er durch die Neuregelung erhält, beträgt 23 Proz. seines Einkommens.

Der Berliner Angestellte hätte nach dem Tarif von 1921 69 650 M. gleich 25,4 Proz. seines Einkommens zu zahlen. Er hat tatsächlich gezahlt 24 733 M. Die Differenz infolge der Neuregelung beträgt bei ihm nur 16 Proz. seines Einkommens. Dazu kommt folgendes: Der Angestellte hat im Laufe des Jahres 1922 seine gesamte Steuerschuld mit 9,4 Proz. seines Einkommens bereits restlos beglichen. Der Veranlagungspflichtige mit einem Einkommen von einer Million Mark hat von seiner Steuerschuld im Jahre 1922 noch nicht den zehnten Teil, nur einen Betrag in Höhe von 1,3 Proz. seines Einkommens, bezahlt.

Diese Regelung der Einkommensteuerverhältnisse ist ein schreiendes soziales Unrecht. Sie bedeutet aber außerdem eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer der leistungsfähigen Schichten zum Nachteil der Reichsfinanzen. Wie groß der Einnahmeausfall ist, den das Reich durch diese Regelung erleidet, läßt sich ziffernmäßig nicht genau angeben. Eine neue Einkommensstatistik liegt nach dem Kriege nicht vor und ist angesichts der steigenden Geldentwertung auch fast unmöglich. Es läßt sich nur angeben, welche Ermäßigungen für ein Einkommen in einer bestimmten Einkommensklasse eintreten, wie wir es in unserer Tabelle unter 2 getan haben. Aber schon eine solche Zusammenstellung läßt Schlüsse auf den Einnahmeausfall des Reiches zu.

Diese Ermäßigung der Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen ist der Hauptgrund dafür, daß in der nächsten Zeit die Steuern, die auf den Massenbedarf fallen und die Geldentwertung wiederum steigern, noch erhöht werden. Die Beschlüsse des Steueraususses des Reichstages zur Einkommensteuer sind das Vorbild zur Erhöhung der Umsatzsteuer und der Wohnungsbauabgabe! Aus den Ländern und den Gemeinden kommen fortgesetzt Notschreie an Regierung und Parlament über die unerträgliche Finanznot. Die Steuerpolitik, wie sie die bürgerlichen Parteien jetzt eingeleitet haben, ist eine Verschärfung der Notlage der Länder und Gemeinden.

Das Programm der Regierung Cuno sprach von schweren Opfern, vor denen die Leistungsfähigen nicht zurückschrecken dürften. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache als die Worte der Regierungserklärung. Die bürgerlichen Parteien haben für die Leistungsfähigen die Einkommensteuer ermäßigt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis tritt in den von uns angeführten Zahlen und Tatsachen klar zutage.

Zentrumskritik.

Arbeiter gegen „Arbeitsgemeinschaft“.

Der Sturz Birchs und die Bildung des Geschäftsministeriums Cuno ist die Folge der Konzentration der bürgerlichen Parteien in der Arbeitsgemeinschaft. Ihr ausgesprochener Zweck ist die schärfere Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie und die Anlehnung an die Volkspartei als die Partei der Schwerindustrie. Die Aus-

wirkungen auf die bürgerlichen Mittelparteien, soweit sie über Arbeiter in ihren Reihen verfügen, sind unaussprechlich. Ein wertvoller Beitrag für diese Folgen des Rechtskurzes der Mittelparteien ist eine Zuschrift aus Arbeiterkreisen, die die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ des Herrn Joos veröffentlicht. Die Zuschrift tritt der Joos'schen Bertschätzung der Arbeitsgemeinschaft entgegen und spricht die Befürchtung aus, daß diese Arbeitsgemeinschaft geeignet sei, die soziale und demokratische Entwicklung der jungen deutschen Republik aufs ernste zu gefährden. Gegenüber dieser großen Gefahr seien die Vorteile, die man von einer Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei erhoffe, verschwindend gering. Die Auffassung der Düsseldorfer Kollegen ging dahin, daß eine Arbeitsgemeinschaft aller demokratisch, sozial und republikanisch Gesinnten anzustreben sei, diese Zielsetzung aber durch die Gründung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft durchkreuzt werde. Eine solche Arbeitsgemeinschaft könne lediglich dazu ansetzen, den Einfluß der Schwerindustrie auf Reichsregierung und Gesetzgebung, der durch die unersättliche Entwicklung auf dem Gebiete der Presse ohnehin schon ungebührlich groß sei, noch zu vergrößern. Diese Tendenz bedeute aber neben den Gefahren für einen sozialen Volksstaat auch solche von eminenter Größe für die Zentrumspartei selbst, denn die Zentrumspartei werde sozial sein oder sie werde nicht mehr sein.

Die Zuschrift tritt dann der Behauptung entgegen, daß die Sozialdemokratie allein für den Sturz der Regierung Birch verantwortlich sei. Es habe aus vielen Gründen keine unbedingte Notwendigkeit einer großen Koalition in diesem Moment bestanden. Als Ergebnis stellt die Zuschrift fest:

„Und die Folgen? Eine parteipolitische Zerfahrenheit sondersgleichen. Die Möglichkeit, eine Regierung mit fester parlamentarischer Mehrheit zu bilden, ist vorab nicht gegeben. Ein Geschäftsministerium oder dergleichen erscheint uns nicht als Lösung, sondern als Notbehelf. Wir glauben, das dringendste Erfordernis des Augenblicks ist, daß die Parteien der alten republikanischen Koalition sich wieder verständigen. Das muß möglich sein — trotz aller Hemmnisse sachlicher und persönlicher Natur.“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese Aeußerung von Joos ebenso wie die gestern hier wiedergegebene des demokratischen Abgeordneten Erkelenz die Befürchtungen jener Arbeiter- und Angestelltenkreise widerspiegelt, die noch zu den bürgerlichen Mittelparteien stehen. In Deutschland sind die Klassengegensätze viel zu ausgeprägt, als daß es auf die Dauer möglich wäre, mit proletarischen oder halbproletarischen Elementen im Rücken rein kapitalistische Politik zu treiben.

Das Darmstädter Urteil.

Darmstadt, 8. Dez. (Ill.) Die Verhandlung vor den Geschworenen wegen der Aufbruchfälle am 27. Juni, soweit sie den Abg. Dingeldey betreffen, wurde heute nach vierstündiger Verhandlung zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten für sämtliche Angeklagten die Schuldfrage bis auf den Angeklagten Wagner. Die Frage, ob er sich auch Gewalttätigkeiten gegen einen Kriminalwachmeister zuschulden kommen ließ, wurde verneint. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von 1 bis 4 Jahren beantragt. Das Urteil lautete gegen die Angeklagten Doell und Feuerpal zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Friedrich 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, gegen 6 Monate Gefängnis, Wagner 8 Monate Gefängnis und Fuhs 1 Jahr Gefängnis. Stroherschwerend fiel ins Gewicht, daß es sich um einen schweren Landfriedensbruch handelte, daß die Angeklagten in der Drohgalierung des Abgeordneten Dingeldey besonders harnäckig waren und gegen diesen sowie gegen das Sacheigentum ein brutales Verhalten an den Tag legten. Strafmildernd wurde in Rücksicht genommen, daß als erwiesene angesehen wurde, daß die Angeklagten unter dem Eindruck der Massenpsychose standen. Den Angeklagten wurde die Unterbrechung angeordnet.

Mit diesen harten Urteilen vergleicht man den Spruch des hiesigen Gerichts anlässlich der Erschießung zweier Arbeiter. Greiterer Pohl — freigesprochen. Herr Deumant Hoppe — zwei Jahre Gefängnis. Die Gegenüberstellung spricht für sich und bedarf keines Kommentars.

Der Schatten als Streikbrecher.

Von Paul Gutmann.

Das lebendige Leben entbehrt in Berlin seit einiger Zeit seines höchsten Reizes: der Darstellung durch die Geste und das gesprochene Wort. Nur über die Beinahe hushen die Schatten vergangener Begebenheiten. Die Schauspieler weigern sich, im Kampf mit ihrer Arbeitgeberin, unterm Schein des Bühnenlichts neues künstlerisches Leben zu gebären.

Da kommt ein pfiffiger Theaterleiter auf den Gedanken: wenn ich die lebenden Körper nicht haben kann, so berufe ich ihre Schatten — öffnet die lange verschlossenen Türen seiner Bühne und wird zum Kinodirektor.

Während Abel und Kühne gegen den Streikbruch sich wehren, spielt der Abel und Kühne von gestern zum Schaden des Abel und Kühne von heute. Der Schatten kämpft gegen seinen Leib, die Sage von Peter Schlemihl wird Ereignis des Tages.

Geschicht damit etwas Neues? Unser ganzes Leben ist ja im Wirklichen heute nur der beschworene Schatten von gestern. Die Blüte der Papierwelt ist der Schatten gewesener Goldpracht, Wissenschaft und Kunst imitierten das Leben von früher. Wir sind außer Betrieb gesetzt. Nur unsere Schatten hushen über die Beinahe des Lebens.

Und da fällt mir ein Vorgang aus der Geschichte ein. Als die Perier zur Zeit Justinians in der Inselstadt Petra während zweier Jahre belagert wurden, waren ihre Verluste so groß, daß die Befohlung von 1500 auf 400 sank und unter diesen sich kaum 50 Innerwundete befanden. Da stellten die Lebenden ihre toten Gefährten neben sich auf die Mauern, unerschüttert durch den Verwehungsgeruch, damit der Feind glauben sollte, sie seien alle noch auf ihrem Posten.

Wenn ich durch die Straßen der Stadt gehe und den Glanz der Anstalten und Vergnügungsstätten betrachte, denke ich oft an diese Geschichte. Hier ist es allerdings nicht Heroismus, sondern gleichgültige Gemüthslosigkeit. Aber die Leichen türmen sich und der Außenstehende soll glauben, das Leben triumphiere.

Kühne und Abel, sie vielleicht nicht so von der Not gepöppelt, aber ihre Kollegen hing und Runz kämpfen frierend und hungernd um höheren Lohn. Sie lachten damals, als der Dollar noch auf Ertragsfähigkeit stand. Jetzt ergötzen ihre Schatten die Menge beim Dollarstand von Wertelung.

Ende des Schauspielereits. Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Allg. Bund) hat sich unter Teilnahme von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in seiner gestern abgehaltenen Vorstandssitzung mit dem Siret der Berliner Schauspieler einsehend befaßt. Es konnte in voller Uebereinstimmung festgesetzt werden, daß alle in dieser Sitzung vertretenen Körperschaften beschließt, an der Erhaltung und Förderung der Volksbühne mitzuwirken. Es ist nach dieser Aussprache auch anzunehmen, daß die beteiligten sozialen Interessen der Bühnenkünstler mit der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Volksbühne durchaus im Einklang gebracht werden können. Die

Verleumderpraxis.

Deutschnationale und Kommunisten — ein edles Brüderpaar!

Die „Rote Fahne“ ließ sich vor einigen Tagen aus Bielefeld berichten, daß dort der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing anlässlich eines Vortrags über angetommen sei, und führt als Beweis für die Behauptung ein Zwiegespräch zwischen Genossen Severing und einer Kommunistin an, dem man es auf drei Reilen ansehen mußte, daß es erfunden war. Die deutschnationale „Kreuzzeitung“, die die Erhaltung der deutschen Art auf ihre Fahnen geschrieben hat, hat trotzdem nichts eiligeres zu tun, als diese plumpe Fälschung nachzudrucken.

Rehulich das Bruderorgan der „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“. Sie macht bei dem Offener Renoldeerblicklichen „Freies Wort“, das in Essen kein anständiger Mensch in die Hand nimmt, eine Anleihe, um die Sozialdemokratie kräftig mit Schmutz bewerkeln zu können. Auch die Veröffentlichung des „Freies Wort“, die ein angebliches vertrauliches Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteiverstandes behandelte, trug offensichtlich für nicht Böswillige den Stempel der Lüge.

Wir begnügen uns damit, festzustellen, mit welchen Mitteln die deutschnationale Presse zu kämpfen beabsichtigt. „Rote Fahne“, „Kreuzzeitung“, „Freies Wort“, „Deutsche Tageszeitung“, eine Gesellschaft, die einander wert ist!

Die ängstlichen Deutschnationalen.

Die Republik in Gefahr!

Am Donnerstag hatte sich der Redakteur unseres Erfurter Parteizorgans „Tribüne“, Genosse Wily Scholz, vor der Strafkammer in Mühlhausen (Thür.) wegen angeblicher Beschimpfung des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Graf Berchensfeld zu verantworten. In der „Tribüne“ und ihren Kopfbüchlein, unter denen sich auch die „Volkszeitung“ in Langensalza befindet, erschien am 10. Juli eine Notiz unter der Ueberschrift „Berchensfeld heuchelt Reichstreue“. Während die Erfurter Staatsanwaltschaft keinen Anstoß daran nahm, glaube der deutschnationale Landrat in Langensalza dem Staatsanwalt seinen Unwillen über die „Gefährdung der Republik“ durch die Ueberschrift der fraglichen Notiz zur Kenntnis bringen zu müssen. Die Mühlhäuser Staatsanwaltschaft trug diesem landrätlichen Empfinden Rechnung und erhob auf Grund der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik gegen den Genossen Scholz Anklage wegen Beschimpfung Berchensfelds.

In der Verhandlung machte Genosse Scholz darauf aufmerksam, daß er nicht die Person Berchensfelds beschimpfen wollte, sondern in der Ueberschrift sollte die Tatsache festgestellt werden: Bayern ist nicht reichstreu, wenn es auch der Ministerpräsident behauptet. Der Vertreter der Anklagebehörde beschränkte sich lediglich darauf, festzustellen, daß nach einem Beschluß des Staatsgerichtshofes eine Beschimpfung dann vorliegt, wenn die Beleidigung in „roher Form“ erfolgt ist, und das sei hier durch das Wort „heuchelt“ geschehen. Er beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht kam aber diesem Antrage nicht nach, sondern erkannte auf Freisprechung. In der Begründung des Urteils wird festgestellt, daß weder nach der objektiven noch nach der subjektiven Seite hin in der Ueberschrift „Berchensfeld heuchelt Reichstreue“ eine Beschimpfung erblickt werden kann. Die Schreibweise des Angeklagten sei durchaus zu verstehen, da nicht nur in linksstehenden Kreisen, sondern selbst von rechtsstehenden Politikern und Juristen Zweifel an der Reichstreue Bayerns ausgesprochen worden sind.

Am interessantesten an diesem Fall ist es, daß die Deutschnationalen in einer Ueberschrift „Berchensfeld heuchelt Reichstreue“ eine Gefährdung der Republik erblicken, die mit 3 Monaten Gefängnis bestraft zu werden verdient. Das wird man sich merken müssen.

Genosse Bruno Wöb bittet uns, festzustellen, daß er seine Auffassungen über wohnungspolitische Maßnahmen nicht erst nach dem Zusammenbruch der U.S.P. mit der S.P.D., sondern bereits im Herbst 1921 in der „Sozialistischen Gemeinde“ dargelegt hat.

Nationalismus im Abort.

Von Joseph Roth.

Im Prozeß gegen die Scheidemann-Attentäter hörte man von den Rördern selbst, daß sie ihren Plan in der „Lollette“ eines Weinrestaurants reifen ließen. Man kann Grund haben, alle Aussagen der Attentäter zu bezweifeln — nur diese eine nicht. Deutschnationale Schutz- und Trutzbündler, selbst wenn sie in einem Heiligum ihre Pläne schmiedeten, könnten es zum locus degradingen. Sie sollen aber ihre Entschlüsse nicht in Heiligumern, sondern in den Aborten der Weinhäuser.

Ironie des Zufalls fügte es einmal, daß ein deutschnationaler Student und Vertrautler nicht anders hieß, als — „Biertimpf“. Ein zweites Mal, daß einer der Rathenau-Rördern den Namen „Niedrig“ trug. Und derselbe ironische Zufall läßt einen nationalen Nordplan im Klosett reif werden.

Nicht nur Stogesalzen — auch Bedürfnisanstalten können die Gefinnung eines Volkes charakterisieren. Ich kenne mehrere Länder Europas und ihre Bedürfnisanstalten. Aber nur in Ungarn und in Deutschland fand ich so viel nationalitätliche Extremite an Klosett-wänden. In allen anderen Ländern sah ich nur sexuelle Schweinereien. In Deutschland auch politische.

Ein echter Nationaler kann keine Notunde verlassen, ehe er nicht seinem Drange, ein Hakenkreuz hinter sich zu lassen, Genüge getan. Er weiß es selbst, wohin seine Gefinnung gehört und dokumentiert sie an passenden Orte. Dafür müßte man ihm eigentlich dankbar sein. Von den Argumenten („Belangen“, sagt ein Bölscher), die in den Klosetts geäußert werden, lassen sich nur verwandte Naturen überzeugen. Der Nationalist hat sich selbst sein einzia mögliches Propagandasystem geschaffen. Allein, weil er in der Bedürfnisanstalt Politik zu machen gewöhnt ist, betrachtet er jeden Ort, in dem er Politik macht, als Bedürfnisanstalt. Und benimmt sich danach.

Der Plan, Rathenau zu ermorden, ward in der Mensa der Technischen Hochschule schmiedet. Damals glaubte ich, daß kein Ort mehr geeignet wäre für reaktionäre Reichsmörder, als eben eine reaktionäre Hochschule. Aber siehe da: die Scheidemann-Attentäter sollten noch ein besseres Steidichlein gefunden: die „Lollette“. Sie selbst (nicht ich) rüden somit diese Verlichkeit in die bedrohliche Nähe unserer Hochschulen.

Wiederlich — wenn jener oben angeführte ironische Zufall es will — wird es sich in der nächsten Verhandlung ergeben, daß die Horden-Attentäter ihren Nordplan in der — Bedürfnisanstalt einer deutschen Hochschule eronnen haben. Nach den politischen Grundsätzen, die unsere Biertimpf in jenen Räumen von sich geben, dürfte man wohl auf Reichsmörder schließen.

Wer es gut meint mit den Hakenkreuzern — die „Deutsche Tageszeitung“ zum Beispiel —, täte gut daran, seine Gefinnungsgenossen vor so häufigen Zeichnungen und Inschriften zu warnen. Ein Fremder, der, ohne Murrenbrechers Aufsätze gelesen zu haben, nach Deutschland kommt, könnte leicht glauben, das Hakenkreuz bedeute hierzulande daselbst, was in anderen Ländern durch die Bezeichnungen „Hier“, „für Männer“ usw. ausgedrückt wird.

beiden Epithenorganisationen, der UDBB und der AFD-Bund, haben sich entschlossen, die Vorstände der Volksbühne und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger sofort zu einer gemeinsamen Aussprache einzuladen. (Wie wir hören, wird diese Aussprache am Sonntag, vormittags 10 Uhr, in der Hauptgeschäftsstelle des AFD-Bundes stattfinden. Die Red.)

Gestern vormittag vereinigten sich die Kommissionen der Bühnengenossenschaft und des Bühnenvereins zu gemeinsamer Verhandlung in den Räumen der Deutschen Gesellschaft. Die Beratungen zogen sich bis in die späten Nachstunden hin. Das Resultat wurde dann der im Gartenfool des Zoo stattfindenden Vollversammlung der Schauspieler bekanntgegeben.

Der Streik ist beendet, morgen kann in allen Theatern gespielt werden. Abänderungen und Maßregelungen werden zurückgenommen, auch beim nichtkünstlerischen Personal. Die Streikfrage werden nicht bezahlt. Die Mindestgage für November ist 55 000 M. Für Dezember wird der Indez zugrunde gelegt, so daß 90 000 M. herauskommen.

„Hidalla“ im Staatstheater. Eine ekstatische Aufführung eines Schnoddrigen und innigen Bedekind. Das paßte wenig zusammen. Man schrie, man weherte, wo man flüstern oder aus der gedrückten Seele hätte dumpf aufsteigen müssen. Karl Heinz Martin war Regisseur, Kortner war der Herrmann. Wertwürdige Schauspieler, bisher nur für das Klassische zusammengepackt, übten sich an dem Modernsten. Warum sie nicht zusammenpaßten, sei morgen untersucht. M. S.

Die Berichte des Chirurgen. In der englischen medizinischen Zeitschrift „The Lancet“ werden die englischen Chirurgen zu einem Vernetzungsgreß eingeladen, der einem recht ungewöhnlichen wissenschaftlichen Zweck zu dienen bestimmt ist. Jeder der Teilnehmer soll der Versammlung nämlich Bericht über die beruflichen Irrtümer, die ihm in der Praxis unterlaufen sind, erstatten und die ausführliche Geschichte seiner Fehldiagnosen oder der falschen Behandlungen geben — Selbstbekenntnisse, die ohne Zweifel zur Belehrung der Kollegen und zur Vertiefung ihrer wissenschaftlichen Kenntnisse dienen werden. Wohlweislich hat man es aber unterlassen, die Opfer der falschen Behandlung, die doch die nächsten dazu wären, zu dem Vernetzungsgreß einzuladen — soweit sie am Leben geblieben sind.

Der Abbruch des Sultan-Harems. Der Haushalt des abgesetzten Sultans Mohammed VI. wird jetzt von den türkischen Behörden aufgelöst, und die größte Schwierigkeit macht der Abbruch des Harems. Von den 300 Nebenfrauen des Herrschers soll die Hälfte nach ihrer Heimat zurückgeschickt werden. Um die Zukunft dieser Damen braucht man sich keine Sorgen zu machen; sie werden nämlich sehr schnell Männer finden, da die Stellung einer Palastfrau des Sultans in der türkischen Gesellschaft sehr hoch geschätzt wird. Die Hälfte der Eunuchen Mohammeds ist bereits in den Harem des neuen Sultans überführt worden, wo sie weiter Dienst tun. Die vier Hauptfrauen des Sultans werden aus den Erträgnissen seines persönlichen Eigentums unterhalten, das jetzt festgelegt wird. Man will diesen Damen aber nur das „bloße Existenzminimum“ zubilligen, weil dem gestohlenen Sultan Berrat vorgemorjert wird.

Gegen den ausländischen Häuserkauf.

Seit langem werden in der Öffentlichkeit Maßnahmen gegen den Ausverkauf des städtischen Hausbesitzes an Ausländer gefordert. In Sachsen ist das Vorkaufsrecht der Gemeinden seit längerem gesetzlich festgelegt. Auch Preußen will jetzt diesen Weg gehen. Grundsätzlich wäre ein solches Gesetz durchaus zu begrüßen. Es würde aber ein Irrtum sein, wenn man annähme, daß die wilde Spekulation in Häusern und städtischem Grundbesitz durch eine solche Abwehrmaßnahme gegen ausländische Käufer allein beseitigt werden könnte. Die Mietentwicklung unter der Auswirkung des Reichsmietengesetzes drängt zu radikaleren Lösungen. Der an sich wirtschaftlich richtige Grundgedanke des Gesetzes, daß die Unterhaltungskosten der Häuser in dem Mietzins zum Ausdruck kommen müssen, wird durch die zahllosen und viel zu komplizierten Bestimmungen zu sehr belastet. Unter wissenschaftlicher Vereinfachung des Gesetzes ist es notwendig, den faktisch, wenn auch noch nicht rechtlich, öffentlichen Hausbesitz auch wirklich denen zur Verwaltung zu übergeben, die die gesamten Kosten seiner Erhaltung zu tragen haben — den Mietern.

Je höher die Mieten steigen werden, um so dringender ist das Reichsmietengesetz nach dieser Richtung zur Gemeinwirtschaft zu entwickeln. Die bloße Abwehr gegen formellen ausländischen Häuserkauf würde die für die Mieterwirtschaft unerträglichen Folgen der wüsten Häuserpekulation keineswegs beseitigen. Nur eine solche gemeinwirtschaftliche Regelung wird auch die starke Erhöhung der Bauabgabe — auf das Fünffache der Friedensmiete — erträglich und verständlich machen.

Knillings Bericht in München.

München, 8. Dezember. (WZ.) Ministerpräsident Knilling wird Montag nachmittag dem Hausparlament des Landtages Erklärungen über die Säheforderungen der Entente und die Antimorinote der deutschen Regierung, die bis dahin abgegangen sein dürfen, abgeben.

Evangelischer Pressesonntag.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende sonderbare, aber zeitgemäße Notiz:

Vom 10. bis 17. Dezember (in Sachsen am 21. Januar) findet zur Stärkung der protestantischen Volkspresse in den evangelischen Kirchen Deutschlands ein Pressesonntag statt. Anschließend eine Werbeweche zur Gewinnung neuer Leser. Die protestantische Volkspresse zählt ca. 3000 Blätter mit 15 Millionen Lesern.

Ob die Gotteshäuser der rechte Ort sind, um die Geschäfte der evangelischen Presse zu besorgen, mag dahingestellt bleiben. Der Stifter der christlichen Kirche ist jedenfalls, wie man im Neuen Testament nachlesen kann, anderer Meinung gewesen.

Vorauszahlungen für das Steuerjahr 1922. Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt: Bei dem ziffernmäßig festgelegten Einkommen wird die endgültige Einkommensteuer für 1922 die nach dem Einkommen im Jahre 1921 bemessenen gesetzlichen Vorauszahlungen vielfach erheblich übersteigen. Die Kassen und Hebestellen der Finanzämter sind daher erneut darauf hingewiesen worden, daß sie, ebenso wie sonstige freiwillige Vorauszahlungen, auch Vorauszahlungen auf die für 1922 noch geschuldeten Einkommensteuer jederzeit anzunehmen haben. Die Zahlungen werden aber ausdrücklich als Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1922 zu bezeichnen sein. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei Berechnung des Vermögens für die Vermögenssteuer und die Zwangsanteile die Einkommensteuerschuld für 1922 vom Vermögen nicht abgezogen werden darf, soweit es sich nicht um die im Jahre 1922 fällig gewordenen gesetzlichen Vorauszahlungen handelt. Darüber hinaus vor dem 31. Dezember 1922 geleistete freiwillige Vorauszahlungen mindern jedoch das vermögenssteuerpflichtige Vermögen.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt am Sonnabend 11 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Wirtware der geographischen Datennamen. Es ist dem Publikum wenig bekannt, daß jährlich Tausende von Postsendungen nicht bestellt werden können, weil auf der Sendung der Bestimmungsort ungenau angegeben ist. Daraus entsteht sowohl dem Absender wie dem Empfänger und der Post sehr viel Ärger, der vermieden werden kann, wenn der Absender die Adresse sorgfältig schreibt. Bei beispielsweise nur den Ortsnamen Weichselbach auf den Briefumschlag oder die Postkarte schreibt, der darf sich nicht wundern, wenn seine Sendung niemals ankommt, denn Orte, die den Namen Weichselbach führen, gibt es in Deutschland nicht weniger als 17. Mit anderen Orten ist es ähnlich. So gibt es 8 verschiedene Postorte mit dem Namen Reubach, 7 Reubach, 12 Reubach, 16 Reubach, 21 Reubach, 5 Raumburg. Die größte Auswahl aber bietet der Ortsname Reubach, denn der kommt 25 mal vor. — Auch bei Ortsnamen, die dem Berliner Postverkehr sehr geläufig sind, muß man vorsichtig sein, weil sie sich postfachlich wiederholen. Es gibt in Deutschland an Postorten 14 Hermsdorf, 3 Bernau, 10 Buchholz, 2 Gladow, 2 Friedrichsfelde, 8 Lichterow, 2 Wilmersdorf, 2 Zehlendorf, 3 Lichterfelde, 4 Schöneberg und 10 Schöneberg, 2 Tietzenhofe und 3 Trebbin. Die richtige Adresse muß also lauten: Berlin-Weichselbach, Berlin-Wilmersdorf, Trebbin, Kreis Teltow usw. — Nicht minder achtsam muß man bei Postorten sein, die durch Fallstriche geben können: Altona (West) und Altona, Bornim (Potsdam) und Bornum (Harg), Coslar (Rheinland) und Coslar (Harg), Laage (Medienburg) und Lage (Lippe), Bohndorf (Potsdam) und Bohndorf (Meckl.), Costel (Unterfranken) und Costel (Rhein), Carlruhe (Schlesien) und Karlsruhe (Baden), Bölich (Pomm.), Bölich (Neuh) und Bölich (Altmark).

Obligatorische Fächer an den russischen Lehranstalten. Der Rat der Volkstommisare hat verfügt, daß folgende Lehrfächer in allen höheren Lehranstalten Sowjetrusslands als obligatorisch zu gelten haben: Der historische Materialismus (die marxistische Lehre); Kapitalismus und proletarische Revolution; die politische Verfassung und die sozialen Aufgaben der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. — Zur Bereinigung war das Kolleg über „Einführung in die Theologie“ obligatorisch für Hörer aller Fakultäten.

Neu den Karmowitsch-Wäcker. Die Welt der Zeit gelangt die Maler und Zeichnerinnen, von überhaup noch bestehen zu können, die Honorare einigermassen mit der Geldentwertung in Einklang zu bringen. Die „Reinigen Russische Sozialistische Verbände“ (C. S.) haben den Ausschuss für die in Einklang zu bringende Maßnahme auf 300 M. an fortgeschrittenen Schülern auf 500 M. festgelegt. Diese Honorare helfen automatisch mit der Erhöhung der Honorare und Anwesenheitsgebühren nach gleichen Prozentsätzen.

Vor dem Harden-Prozess.

Deutschvölkische Geldenphage.

Am 12. d. M. findet die Hauptverhandlung wegen des Attentats auf Maximilian Harden statt. Die Anklage richtet sich gegen den Landwirt Herbert Weichardt und den Buchhändler Albert Grenz aus Oldenburg. Weichardt ist angeklagt, gemeinschaftlich mit dem flüchtigen Oberleutnant Walter Antermann einen Mordversuch gegen Harden begangen, Grenz ihn zu dieser Tat angestiftet zu haben. Der Verlauf der Tat ist noch unerklärlich. Am 3. Juli, abends, erhielt Harden, als er von einem Spaziergang zurückkehrte und sich kurz vor seiner Wohnung im Brunswald befand, plötzlich von hinten einen furchterlichen Schlag auf den Kopf, so daß er zu Boden fiel. Der Täter, Antermann, machte Harden dadurch wehrlos, daß er sich auf den linken Arm des am Boden Liegenden stellte und dann mit einem aus Blei und Eisen hergestellten Faustschläger mit voller Wucht zuschlug, so daß Harden acht schwere Wunden davontrug. Als Harden laut „Mörder“, „Bube“ rief, ließ Antermann von ihm ab und ergriff die Flucht. Gedeckt wurde er während der Tat von Weichardt. Grenz soll als Beauftragter einer unbekanntem Stelle Antermann und Weichardt zur Tat angestiftet haben. Er ermittelte zunächst, ob beide bereit seien, im deutschvölkischen Sinne tätig zu werden, nachdem er zuvor im März 1922 aus München einen nur mit einem Stern unterzeichneten Brief erhalten hatte, in dem er aufgefordert wurde, zwei junge „latenfrohe Männer“ zu benennen. Nachdem sich Antermann und Weichardt bereit erklärt hatten, berichtete Grenz nach München. Er erhielt darauf folgenden Brief:

„Haben Sie Dank für die bereitwillige Zurverfügungstellung. Es handelt sich um die Erledigung der im anliegenden Zettel benannten Persönlichkeiten. Zur Ausführung liegt eine Summe bei, die Sie so verteilen wollen, daß Sie Ihre Reisekosten decken. Verhaltungsmaßnahmen einlegend. Nach Ausführung der Tat wird Ihnen beiden Beuten eine weitere Summe ausgezahlt werden, welche die anliegende erheblich übersteigt. Außerdem wird beiden Centen, falls sie Wert darauf legen, durch Vermittlung Anstellung in dem bayerischen Staatsdienst in Aussicht gestellt.“

Diesem Brief lag ein Zettel mit dem Namen „Maximilian Harden“ bei, ferner die Summe von 25 000 Mark und ein Zettel mit Verhaltungsmaßnahmen; die Täter sollten nichts schreiben, stets Autos benutzen, nicht viel reden und nach der Tat in verschiedenen Richtungen auseinandergehen. Bereits am 24. März sind Weichardt und Antermann zur Verübung der Tat nach Berlin gekommen und haben hier über drei Monate ein lustiges Leben geführt. Sie verkehrten viel in den Nachtlokalen Berlins, und Antermann verstand es, die Kassiererin einer bekannten Bar um 15 000 Mark anzuborgen. Schließlich ging beiden das Geld aus und sie schrieben nun wieder an ihren Auftraggeber, den Angeklagten Grenz, und baten um weitere Geldmittel. Grenz ersuchte sie jedoch, erst einmal die Tat auszuführen, dann könnte er ihnen aus der Verlegenheit helfen. Die Angeklagten antworteten noch vor der Tat einen in geschäftlichen Ausdrücken gehaltenen Brief folgenden Wortlauts:

„Sehr geehrter Herr! Wir teilen Ihnen hiermit höflichst mit, daß uns trotz ungünstigster Konjunktur der Geschäftsabschluss geglättet ist. Wir sehen nunmehr Ihrem persönlichen schnellstmöglichen Kommen hierher entgegen und bitten höflichst und dringend, alles Nötige zur Aufrechterhaltung der einmal eingegangenen Geschäftsverbindungen in die Wege zu leiten und mitzubringen.“

Nach dem jeweiligen Stand unserer Voluta halte ich baldmöglichstes Anbahnen der beschleunigten Geschäftsverbindung mit der pp. Firma im Süden für unbedingt erforderlich. Ich verstehe darunter vorzugsweise die geplante baldige Festanstellung unserer beiden Herren bei der pp. Firma, die ihnen ja aus vertragsmäßig in Aussicht gestellt ist. Für ihre und ihrer Familien Ueberstufung ist naturgemäß Sorge zu tragen. Gleichzeitig bitten wir bei Einlösung der Devisen dafür Sorge zu tragen, daß die vereinbarte Anzahlung auch die entstandenen Unkosten und Verpflichtungen decken kann, also mindestens 60 000 Mark. Wünschenswert wäre, wenn unser Chef sich dazu verstehen könnte, die Schuldsumme in Höhe von 30 000 Mark extra auszuwerfen, so daß die Herren Agenten keine Einbuße des ihnen Zukommenden erleiden. In der Hoffnung, daß unserem Bericht Ihrerseits der genügende Nachdruck verliehen wird, zeichnen wir mit ganz vorzüglicher Hochachtung

Immer die Alten.“

Die Angeklagten, die der ihnen zur Post gelegten Tat geständig sind, haben durch ihre Verteidiger, die offenbar gut „völkischen“ Rechtsanwält Bloch-Berlin und Schiff-Oldenburg, über ihren Leumund Beweise angetrieben. Der Rechtsvertreter Hardens wird dem Vernehmen nach im Termin Beweisanträge stellen, die darauf hinführen, aufzuklären, wer die Hintermänner der Tat seien, insbesondere durch die Vernehmung des verhafteten Korvettenkapitäns Ehrhardt darüber, ob er an der Tat beteiligt ist. Für die Verhandlung sind drei Tage in Aussicht genommen.

Da Hardens Rechtsanwalt, Grünspach, schwer erkrankt ist, rechnet man mit der Möglichkeit einer Vertagung.

Gegensforderungen der Türkei.

Constantinople, 8. Dezember. (WZ.) Die Prüfung der Meerengenfrage wurde in der heutigen Sitzung des Ausschusses für territoriale Angelegenheiten fortgesetzt. Smet Pascha gab eine längere Erklärung ab, worin er die türkischen Gegenvorschläge zusammenfaßte. Die türkische Delegation fordert

1. daß Konstantinopel am Marmarameer gegen jeden Angriff vom Meer und vom Lande her gesichert werde,
2. daß Seestreitkräfte, die sich ins Schwarze Meer begeben, derart beschränkt werden, daß sie die entmilitarisierte Zone zwischen beiden Meerengen und dem Schwarzen Meer nicht gefährden. Sie dürfen nur aus leichten Kriegsschiffen bestehen, die zum Schutze des internationalen Handels bestimmt sind,
3. daß im Schwarzen Meer keine Kriegsschiffe unterhalten werden,
4. freie Durchfahrt der Handelsschiffe in Friedens- und Kriegszeiten.

Für den Fall, daß die Türkei nicht neutral bleibt, wird sie sich mit der unentbehrlichen technischer Kontrolle begnügen. Nachdem Smet Pascha die Vorschläge der Türkei vorgebracht hatte, erklärte er, daß er sich vorbehalte, auf einzelne Artikel des alliierten Planes zurückzukommen, daß er aber bereits heute gegen eine Reihe von Punkten, die für die Türkei besonders schädlich seien, Bedenken geltend machen müsse. Diese beziehen sich hauptsächlich auf das Marmarameer, die Verbindungen mit Anatolien und Thrazien und wenden sich gegen das Verbot der Truppenbewegung in der entmilitarisierten Zone sowie gegen die vorgeschlagenen Grenzen der letzteren, ferner wenden sie sich gegen das Verbot, im Marmarameer eine Arzteschiffe und Arsenale usw. zu halten. Was die hier vor den Meerengen liegenden Inseln betreffe, müsse die türkische Souveränität über Imbros, Tenedos, Samothrake anerkannt und Lemnos selbständig werden.

Unerträgliche Holzforderungen.

Unter den Reparationsverpflichtungen, die auf Grund des Versailler Vertrages auf der deutschen Wirtschaft lasten, nehmen neben den Kohlenlieferungen die Holzlieferungen der Reparationskommission einen außerordentlichen Umfang an. Das hat seinen Grund nicht nur darin, daß Holz beim tatsächlichen Wiederaufbau eine große Rolle spielt, sondern auch weil es in der heutigen Weltwirtschaft eine der gesuchtesten Waren ist. Kein Wunder also, wenn die Reparationskommission an Deutschland Holzlieferungen stellt, die

weit über unsere Leistungsfähigkeit

hinausgehen. So wurden von der Reparationskommission für das Jahr 1922 folgende Holzlieferungen angefordert: Für Frankreich 200 000 Telegraphenstangen, für Belgien 1 700 000 Hartholzschnittholz, 417 000 Telegraphenstangen, 6000 Kubikmeter Schnittholz, 144 000 Festmeter Rundholz, für Italien 242 000 Festmeter Schnittholz, 15 000 Festmeter Rundholz, 150 000 Telegraphenstangen, 1 Million Eichenstämme, für England 1 700 000 Kubikmeter Schnittholz, 1 Million Kiefernstämme, 50 000 Telegraphenstangen. Deutschland hat sich nun zu folgenden Holzlieferungen für das Jahr 1922 bereit erklärt: Für Belgien 840 000 Hartholzschnittholz, 210 000 Kiefernstämme, die angeforderten Telegraphenstangen und das Rund- und Schnittholz; für Frankreich die angeforderten Telegraphenstangen; für Italien das verlangte Schnittholz und Rundholz und die Telegraphenstangen; für England will man eine Probeflieferung von 10 000 Kubikmeter Schnittholz durchzuführen suchen. Insgesamt sind damit

1,7 Milliarden Festmeter Holz für das laufende Jahr angeboten worden.

Bei den Verhandlungen, die seit einiger Zeit in Paris über die Holzlieferungen laufen, hatte Deutschland den Vorschlag unterbreitet, den Ablieferungstermin für das Jahr 1922 um drei Monate, also bis zum 31. März 1923, hinauszuschieben; man hofft bis zu diesem Termin den größten Teil des deutschen Angebotes abliefern zu können. Bis jetzt ist allerdings weder über den Ablieferungstermin noch über die für Deutschland hochwichtige Frage der Preisberechnung eine endgültige Regelung erzielt worden. Die Reparationskommission ist nämlich nicht nur im allgemeinen mit der Anrechnung der von Deutschland gelieferten Sachwerte auf Reparationskonto sehr weit im Rückstand; vielmehr sind die Preise, die die Reparationskommission bisher für die deutschen Holzlieferungen in Anrechnung gebracht hat, erheblich zurückgeblieben hinter den deutschen Inlandspreis, die weit über Weltmarktpreis stehen.

Ohne Rücksicht darauf, daß die Holzlieferungen für 1922 noch lange nicht durchgeführt sind, hat die Reparationskommission jetzt bereits für das Jahr 1923

insgesamt 6,5 Millionen Festmeter Holz angefordert.

Auf die deutschen Vorstellungen hin hat sie sich allerdings veranlaßt gesehen, ihre Forderungen für das nächste Jahr zunächst auf 4,8 Millionen Festmeter zu ermäßigen. Als höchste Leistungsfähigkeit für 1923 rechnet man jedoch in Deutschland nur 1,44 Millionen Festmeter. Diese Menge hält man indes auch nur technisch durchführbar, finanziell dürfte diese Leistung für Deutschland schließlich untragbar sein, denn nach dem heutigen Kurse berechnet kommen die 1,44 Millionen Festmeter einer Summe von

200 Milliarden Papiermark

gleich. Die Anforderung der Reparationskommission von 4,8 Millionen Festmetern würde die Reichsfinanzen sogar bis 800 Milliarden Papiermark belasten.

So ist und bleibt es ganz undenkbar, daß Deutschland den Forderungen der Reparationskommission an Holz nachkommen kann, soll nicht die gesamte deutsche Wirtschaft und Finanzwirtschaft noch mehr verelenden, als dies schon der Fall ist.

Die Frauen und der Weltfrieden.

Haag, 8. Dezember. (WZ.) Auf dem Frauenkongress sind 17 Länder vertreten, darunter Deutschland, Holland, England, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten. Gegenstand der Erörterungen des ersten Tages bildeten „die allgemeinen und politischen Folgen der Friedensverträge“. Eine Entschließung gelangte zur Annahme, in der die alliierten Ministerpräsidenten, die morgen in London zusammenkommen, aufgefordert werden, durch eine endgültige Regelung der Reparationsfrage das Vertrauen in der Welt wiederherzustellen und damit die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Beziehungen und der internationalen Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Prof. Quibbe, der mit großem Beifall begrüßt wurde, verwies auf die Ungerechtigkeit einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages, sowie seiner Ausführungsbestimmungen. Der Vertrag entpuppte sich nicht der Grundfrage, die durch die rote Wilsons bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben wurde. Diese Frage müsse durch ein unparteiisches Gericht geprüft werden. Außerdem sprachen sich Vertreterinnen aus Polen, England und Frankreich über die Revision der Friedensverträge aus. Ferner wurde in der ersten Sitzung ein Bericht der nach dem befohlenen deutschen Gebiet entsandten Kommission zur Kenntnis genommen. Frau Fox (England) verwies auf die durch die Befehle der deutschen Bevölkerung erwachsenen schweren finanziellen Lasten, auf die Wohnungsnot, auf die Zunahme der Tuberkulose usw. Zum letzten Punkt sprach außerdem Frau Dr. Lüders, Mitglied des deutschen Reichstags, die diese Angaben durch Zahlen unterstützte. Am Abend wurde die erste von dem Kongress veranstaltete Versammlung abgehalten, wobei Lord Parmoor eine Rede hielt, in der er die Abänderung der Friedensverträge, die Abschaffung aller Strafbestimmungen und die Befestigung der unrichtigen Behauptung des Versailler Vertrages verlangte, ein einziges Land sei allein verantwortlich für den Weltkrieg. (Beifall.)

Trotski gegen den Revolutionsutopismus.

Moskau, 8. Dezember. (WZ.) Der österreichische Delegierte zum Kongress der 3. Internationale, Friedländer, hatte die Prognose Trotskis, England und Frankreich gingen einer Periode des bürgerlichen Sozialismus und Reformismus entgegen, öffentlich als Einseitigkeit zu einer Veränderung der Revolutionspolitik der Internationale bezeichnet und behauptet, für die Aussichten der Weltrevolution sei die Lage in Deutschland ausschlaggebend, wo Unzufriedenheit des Proletariats unmittelbar bevorstehe. Darauf greift Trotski in den „Newest“ Friedländer und andere „linke“ Gegner an, die den zirkulären Gang der Entwicklung verkennen und den Kapitalismus als widerstandlos in den Abgrund rollenden Stein darstellen. Es sei völlig ungewiß, wann die Revolution in Deutschland losbrechen könne. Selbst eine baldige erfolgreiche deutsche Revolution würde noch keine Diktatur des Proletariats in Frankreich und in England nach sich ziehen, wenn die dortigen Verhältnisse dafür nicht reif wären.

Gewerkschaftsbewegung

Ein lehrreicher Streik.

Die letzte „große Aktion“ der A.D., der Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik, den man zu einem Generalfreistreit der badischen und pfälzischen Arbeiter auszudehnen versuchte, hat eine Vorgeschichte, die in vieler Beziehung lehrreich ist. Vor dem Kriege hatten die Gewerkschaften große Schwierigkeiten, in der W.S.F. Eingang zu finden. Es bestand jedoch dort ein gelber Werkverein, der 8000 Mitglieder hatte. Erst mit der Revolution kamen die Massen zu den freien Gewerkschaften und mit ihnen auch die ehemals Gelben. Die rasende Geldentwertung ließ den Gewerkschaften keine Zeit, diese neuen Massen zu schulen, so daß die gewissenlose Agitation der Kommunisten bei den unangeführten Massen leicht einzureden ist, daß das Zurückgehen ihres Reallohnes auf den „Verrat“ der Gewerkschaftsführer zurückzuführen ist.

Es kam die Agitation zu dem sogenannten Betriebsrätekongress. Den drei zu dem Kongress delegierten Arbeitern wurde der Urlaub verweigert. Nach ihrer Rückkehr aus Berlin wurden sie fruchtlos entlassen. Die Gewerkschaften hätten man systematisch bei der ganzen Aktion ausgeschaltet. Erst als der Karren verfahren war, wurden die Gewerkschaften angerufen. Von diesen sowohl als auch von den Behörden wurde versucht, eine Einigung herbeizuführen. Diese Versuche scheiterten jedoch teils an der Haltung der Direktion, vor allem aber an der Hege der Unionisten und Kommunisten, die durch verlogene Nachrichten die Arbeiter zur Disziplinlosigkeit und zu unbefonnenen Handlungen verführten. Während die Gewerkschaftsvertreter verhandelten, wurden die Feuer unter den Resten herausgerissen und ziel- und planlos die Betriebe stillgelegt. In den Versammlungen wurden die Vertreter der Gewerkschaften niedergedrückt und man gab schließlich die Parole aus, die Gewerkschaften vollständig auszuschalten.

Die unglücklichsten Lagen wurden als Tatsachen verbreitet. Die „rote Fahne“ entzündete sich nicht, ihren gläubigen Lesern zu erlösen, daß die Direktion der W.S.F. den 8. und 9. November einführen wolle. Die Aktion wurde schließlich „erwährt“. Man forderte nicht nur die Wiedereinstellung der drei Entlassenen und Lohnserhöhungen, man verlangte ganz allgemein auch die Herabsetzung der Preise, die Erfassung der Lebensmittel, die Beschaffung der großen Wohnungen usw. Von diesen Phantasieforderungen müssen die kommunistischen Drahtzieher natürlich am besten, daß sie nicht im Rahmen eines lokalen Streiks zu erfüllen sind. Aber das kümmert diese Leute nicht, die nur auf die Zerstörung der Gewerkschaften und damit auch die Wehrlosmachung der Arbeiter bedacht sind. Man kann sich fragen, wie weit gewisse ehemals Gelbe und Indifferente, die heute so überrevolutionär tun, damit bewußt die Geschäfte des Großhandels besorgen. Und bewußt tun sie es jedenfalls.

Der Versuch, diesen wilden Streik zu einer „großen Aktion“ und damit zu einer schweren Niederlage der badischen und pfälzischen Arbeiter zu machen, kann als gescheitert betrachtet werden. Charakteristisch für die Art des Vorgehens ist es, daß man zunächst die Gewerkschaften ausgeschaltet hat, jetzt aber von denselben Gewerkschaften verlangt, daß sie den streikenden Arbeitern finanzielle und, da diese ein derartiges Anstehen natürlich ablehnen müssen, für den „Verrat“ antwortet. Man kann nur hoffen, daß die Arbeiter nicht zu sehr unter den Folgen dieser gewissenlosen Streikmache leiden und daß es den Gewerkschaften, die mit der Direktion verhandeln, gelingen möge, die Dinge, soweit es noch geht, wieder einzurufen. Dieser kommunistische Streikputsch ist jedenfalls ein Schulbeispiel dafür, wie Streiks nicht inszeniert werden dürfen.

Scharfmacherei im Berliner Großhandel.

Noch immer erhalten die Handelsreisenden des Chemikalien-, Glas-, Keramik- und Textil-Großhandels, sowie der Lederwirtschaft, wenn sie verhandeln und mindestens ein Kind zu ernähren haben, im Durchschnitt einen Wochenlohn von 6000 M., im günstigsten Falle 6000 M. Die Kaufleute und Transportarbeiter im Mineralöl-, Fett-, Aluminium-, Nourage- und Kolonialwaren-Großhandel sowie in mehreren, vom ehemaligen Arbeitgeberverband des Eisenhandels usw. abgeprägten Firmen des Eisenwaren- und Werkzeugmaschinenhandels haben bei schwerer körperlicher Arbeit einen Höchstlohn von 7200 bis 8000 M. pro Woche. Nur dem rückständigsten Vorgehen des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes, dem diese Gruppen angeschlossen sind, insbesondere des Syndikats, des „Demokratischen“ Dr. Engel, haben es die Arbeitnehmer zu verdanken, daß sie in ihren Wohnungen frieren, mit ihren Familien Hunger leiden müssen. Durch falsche Informationen an die Arbeitgeber sind Verhandlungen seitens des Arbeitgeberverbandes bisher unmöglich gemacht worden, durch Androhung und Verhängung hoher Konventionalstrafen ist es den Arbeitgebern verboten, die Kontrolle ihrer Arbeitskräfte, das größte Elend der Familien durch Lohnsenkungen usw. zu hindern. Es wird da eine Taktik angewandt, die die Arbeitnehmer schließlich nur dem „Fest der Liebe“ zu einem gemeinsamen Streik zwängt.

Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß sind gescheitert. Die Arbeitnehmer muß es als Provokation auffassen, daß die Vertreter der Arbeitgeber diese Hungerlöhne um allerhöchstens 40 Proz. aufbessern wollten. Das Existenzminimum einer dreiköpfigen Familie betrug in der Woche vom 27. 11. bis 2. 12.

16 785 M.; mit 6500 M. sollen sich die Handelsreisenden der ersten Gruppe, mit höchstens etwa 11 000 M. die Kaufleute und Transportarbeiter der letzteren abfinden lassen. Dieses Ansinnen wurde von der Verhandlungskommission mit Entrüstung zurückgewiesen. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband des Großhandels durch Rundschreiben veranlaßt, daß 40 Proz. für die erste Hälfte des Dezembers zur Auszahlung gebracht werden sollen. Die Organisation, der Deutsche Transportarbeiterverband hat für alle Gruppen den Schlichtungsausschuß angerufen.

Es wird erwartet, daß die Arbeiterschaft sich durch die Maßnahme des Arbeitgeberverbandes nicht zu unbefonnenen Schritten hinreißen läßt und ohne Zustimmung der Organisation nichts unternimmt. Je rücksichtloser die Arbeitgeber vorgehen, um so einmütiger müssen die Arbeiter in bester Disziplin zusammenhalten.

Allgemeine deutsche Postgewerkschaft.

In der Funktionärerversammlung der Bezirksgewerkschaft Berlin am letzten Sonntag sprach der 1. Vorsitzende Th. Noack über den Aufbau der Bezirksgewerkschaft. Er ging zunächst auf die Kampfesweise der Reichsgewerkschaft durch die Sondernummer der „Dtsch. Post“ ein und stellte die Dinge ins rechte Licht. Trotzdem Billig sich zurückzog, hätten sich genügend tüchtige Kräfte zur Verfügung gestellt, um die notwendige Agitation für die neue Organisation zu entfalten. Ueber den organisatorischen Aufbau werden noch Richtlinien ausgegeben. Zunächst sei auf jedem Amt ein Kassierer zu bestellen. Jedem überreitenden Kollegen werde seine Mitgliedschaft im Reichsverbande auf die der Bezirksgewerkschaft angerechnet und von ihr alle sozialen Einrichtungen (Eierbehalte, Rechtsbeistand usw.) voll übernommen. Feuerversicherung hat mit Ausschneiden aus dem Reichsverband nichts zu tun. Die Bezirksgewerkschaft wird aber auch diese Frage noch klären und für einen gleichwertigen Ersatz sorgen. Die neue Zeitung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft geht den Mitgliedern in der nächsten Woche zu. Die Annahme der „Deutschen Post“ ist zu verweigern.

Folgende Leitsätze wurden von Rief vom Vorstand erläutert: 1. Wohlfahrtsrichtungen müssen selbständig sein und dürfen keine Fesseln für die Gewerkschaftsmittelglieder sein. 2. Die Gewerkschaft wird nur auf der Einzelmittelglieder aufgebaut, um so eine Zusammenfassung aller sozial gleichstehenden Schichten zu ermöglichen. 3. Schaffung eines besonderen Fonds. 4. Kein Gewerkschaftsleiter darf lebenslänglich angestellt werden, sondern ist von Gewerkschaftstag zu Gewerkschaftstag zu bestätigen. Unbedingte Mitarbeit jedes Kollegen beim Aufbau ist erforderlich.

In der darauffolgenden Debatte protestierten sämtliche Redner gegen die Kampfesweise der Reichsverbandsteilung und stimmten den von Rief aufgestellten Leitsätzen zu.

Die frühere Verbandsleitung fordert jetzt die von den Kollegen aufgedrohte Gemahregeldenspende für die Eisenbahner zurück. Dagegen erhob sich schärfer Protest der Versammlung. Die neue Gewerkschaft müsse vor allem dem Beamtenrecht mehr Interesse entgegenbringen wie der Reichsverband.

Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende mit frischem Mut und sachlicher Arbeit ans neue Werk zu gehen.

In der Versammlung für die Beamten der Postämter Noack am Montag in der Schulaula der 172. Gemeindeschule, die äußerst stark besucht war, las Kollege Rief in einem 1 1/2 stündigen Vortrage dar, daß die Beamtenschaft sich endlich aufrufen muß, um eine Einheitsorganisation zu schaffen, die auf dem Boden des Fortschritts steht und Anschluss an den A.D.G.B. gewinnen muß. Eine solche Organisation sei die neugegründete „Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft“, der sich jeder fortschrittlich gesinnte Beamte anschließen müsse.

Zum Schluß wurde eine dementsprechende Entschließung angenommen, worin u. a. festgestellt wird, daß der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten die Interessen der genannten Beamtengruppen systematisch vernachlässigt und die Organisation lediglich als Selbstzweck betrachte.

Die Versammelten gelobten daher, in der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft gemeinsam mit der übrigen freiwillig gesinnten Beamtenchaft sowie mit allen Arbeitnehmern überhaupt für die Erringung eines menschenwürdigen Daseins aller einzutreten.

Neuer Tarifabschluss im Bankgewerbe.

Wie uns der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, haben die Tarifverhandlungen zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen zu einem Abkommen geführt, das von allen beteiligten Verbänden angenommen worden ist. Die auf Grund dieses Abkommens zu leistenden Zahlungen sind seitens der Banken bis zum 16. Dezember zu bewerkstelligen. Einzelheiten werden durch die Verbandsgeschäftsstelle mitgeteilt.

Die Villa mit den schönen Parkanlagen.

Man schreibt uns: In Kaputt bei Potsdam, auf dem Krähenberg, wird für den Herrn Generaldirektor der Firma Streifung u. Koelle eine Villa mit schönen Parkanlagen recht vornehm hergerichtet. Die dabei beschäftigten Frauen bekamen 40 M. Stundenlohn. Sie wurden vorzeitig wegen einer Aufbesserung dieser schlechten Bezahlung. Ein mit den Ausführungen der Arbeiter betrauter Herr Deh habe sich daraufhin umgesehen, ob nicht etwa in der Nachbarschaft noch schlechtere Löhne gezahlt werden, mit

dem Resultat, daß die Frauen fortan nicht mehr 40 M., sondern nur noch 30 M. Stundenlohn bekommen.

Diese Mitteilung erwidert und so unglaublich, daß wir sie nur mit Vorbehalt wiedergeben. Vielleicht hat Herr Generaldirektor Köhlinghaus einmal ein paar Minuten Zeit, um sich nach der Bezahlung der Frauen zu erkundigen, da er sicherlich wenig Freude an Parolanlagen haben wird, die unter derartigen Lohnbedingungen geschaffen werden.

Verhandlungen über die Bezüge der Staatsangestellten. Am Montag begannen im Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter über die Lohnregelung im Monat Dezember. Die Arbeitervertreter werden diesmal besonderen Nachdruck darauf legen, daß die Löhne der Staatsarbeiter, mehr wie das bisher der Fall war, den in der Industrie bezahlten Löhnen angeglichen werden; daß nicht nur die Reichsinduzier, sondern die Industriebeschäftigten bei der Berechnung auschlaggebend sind. In gewissem Umfange hat man zwar bereits seit 1. Oktober in Orten mit besonders hohen Industriegehältern durch die Gemäßung von Ortsteuerzuschlägen, die die früheren Wirtschaftsbereitschaften, einen Ausgleich zwischen den Gehältern der Staats- und Industriearbeiter zu schaffen gesucht. So wie die Verhältnisse jedoch heute liegen, ist eine Angleichung der Löhne der beiden Arbeiterkategorien in ganz anderem Ausmaße dringend geboten. Nach der Regelung der Löhne sollen am Dienstag die Beamtenbezüge mit den Vertretern der Beamtenorganisationen neu festgelegt werden, wobei die Dezemberlöhne der Staatsarbeiter die Grundlage bilden werden.

Gewerkschaftsunterkommission des 12. Verwaltungsbezirks, Steglitz-Altglienicke. In der letzten Versammlung berichtete Rief über die Beratung der Richtlinien der Berliner Gewerkschaftskommission für die Tätigkeit ihrer Unterkommissionen, durch die Oblenke derselben in den Bezirken 7 bis 20. Nach längerer Diskussion wurden die Richtlinien der Gewerkschaftskommission einstimmig abgelehnt und die von dem Ausschuß der Oblenke vorgelegten Richtlinien des Genossen Flehmig, Charlottenburg, angenommen. Der Rassenbericht besloß, daß der Unterkommission von Berlin zu geringe Mittel zur Verfügung gestellt wurden, trotzdem seit Mai 1921 nur 12 000 M. verbraucht worden. Um öfter in den Schulen tagen zu können, mußte der Unterkommission mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Zum Schluß wurde auf die öffentliche Versammlung für die Mitglieder der „Lichterfelder Ortskrankenkasse“ am 9. Januar in der Schulaula der Ringstraße hingewiesen.

Dachdecker und Berufslosen! Der Stundenlohn beträgt vom 1. bis 14. Dezember für Dachdecker 288 M., für Hilfsarbeiter 266 M. Der Arbeitsnachweis ist nach Gormannstr. 13 verlegt worden.

Die Löhne für das Schwerindustriegebiet sind für den Monat Dezember zwischen der Züchlerrennung und dem Deutschen Transportarbeiterverband neu vereinbart worden. Abgabe des neuen Lohnabkommens sind unter Vorzeigung des Verbandesbundes beim Transportarbeiterverband, Engelauer 24/25, vorn parterre, Zimmer 8 oder im Zimmer 31 erhältlich.

Kabine des Oberpräsidenten, Sonntag vormittag 1/10 Uhr im Hotel von Schöps, Wiesbadenstraße, Gilmmer Straße 8, Versammlung aller in der W.S.F. organisierten Kollegen u. Angehörigen. Angehört sind einleitend: Vertikale Legitimierung des Reichsverbandes, Einheits- und Kampfmaßnahmen der Betriebskassen des Groß-Berlins, Versammlung am Montag abend 7 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 11-12. Tagesordnung: 1. Die Krankenkassen in der Reichsversicherungsordnung. 2. Vertikale Legitimierung der Betriebskassen. 2. Bericht der Kommission. 3. Verschiedenes.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, Sitzung, Riesenmacher und Transportarbeiter! Sonntag vormittag 10 Uhr im Arbeitslokal des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Runglerstr. 30, Versammlung sämtlicher in der Holzbranche tätigen Arbeiter. Kommissionsmitglieder treffen sich eine Stunde früher. Tagesordnung: Einheitsmaßnahmen zum Schloßpark. Versammlung der Holzarbeiter Betriebskassen am Montag 3 Uhr im Bürgerlokal der Reichshaus, Tagesordnung: Die in den Holzarbeiterorganisationen vorgenommenen und beschlossenen Maßnahmen. Die den Einleitungen beigefügten Ausweise legitimieren zum Eintritt. Persönliches Erscheinen notwendig, da der Saal nur bis 6 Uhr abends zur Verfügung steht.

Rigarbeiter-Jahresfest, Montag 6 Uhr bei Schreiber, Wie Schönhauser Straße 22-24, Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauenspersonen der Rigarbeiter-Jahresfest. Bericht über die Lohnverhandlungen. Der Rigarbeiterverband.

Veranstaltung für den reifen, reifen, reifen, Berlin; bei Anzeigen: 23. 24. Sitzung sämtlicher Betriebsräte und Vertrauenspersonen der Rigarbeiter-Verbandsrat u. Berlin. Verlag: Verlag des Reichsverbandes der Rigarbeiter-Verbandsrat u. Berlin. Einbezahl. 2 bis 21. 21. 21.

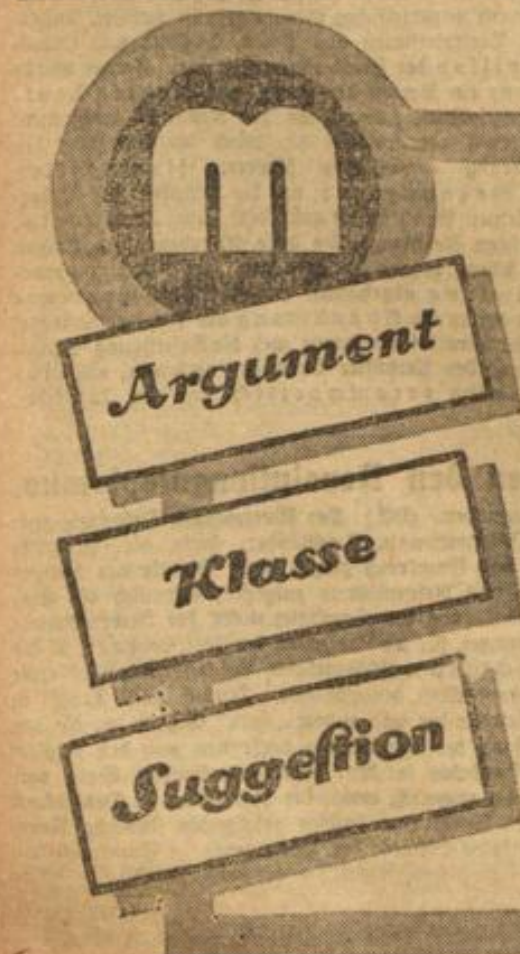
Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampladern) ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 100 u. 335 M. Elefanten-Apotheke, Berlin SW Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz, Fernsprecher: Zentrum 7192.

Erstklassige Herrenbekleidung Anzüge, Paletots, Schlüpf, prima Stoffe Vollwertiger Ersatz für Maß :: Zivile Preise MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Neue Haut erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, durch die echte Vater Philipp-Schäfers u. Tutoygen-Hautbleichcreme, à 12 M. vom Tutoygen-Laboratorium, Lützen-Zschackwitz 146, schill Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab. 1887 amutige, junge Haut zum Vorschein kommen — erhältlich in Berlin, Elsen-Apotheke, Leipziger Straße.

Reelle höchste Bezahlung für Zahngelasse (auch zerbrochene) Brillanten Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brennstoffe, Münzensammlung, Ketten, Ringe, Uhren. Juweller Kleiner Frankfurter Str. 1 Boecksch 1 Min. vom Alexanderplatz.

Verkaufe nur bei Maulhardt schnell! Er zahlt sehr gut und ist reell!!! Anlässlich meiner Geschäftseröffnung zahle ich Riesenpreise für Gold-, Silber-, Platin-Bruch u. Gegenstände Brillanten Zähne und ganze Gebisse die Sie nie so erzielen werden, als beim Fachmann C. MAULHARDT Berlin - Schöneberg, Anziersstr. 3 Neu eröffnet!



Auserlesene Tabake des Orients sorgfältige Mischung hochwertiger Arbeit

Allein diese Vorzüge begründen den hervorragenden Ruf der

Manoli Zigaretten

Agrarische Hungerblockade.

Berlins Milchversorgung gefährdet.

Berlin hat den Vorzug vor allen deutschen Großstädten, seiner Bevölkerung die teuerste Milch anbieten zu müssen. Es ist bekannt, daß der Rückgang des Milchkonsums bei der Unerschwinglichkeit der Berliner Milchpreise ein katastrophaler ist. Seit langem wird versucht, die ganz unhaltbar gewordene Milchpreisberechnung auf Grund der Relation 1:9 des Butterpreises zu ändern. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich in eingehender Beratung auf den Standpunkt gestellt, daß unbedingt ein Wandel eintreten muß. Ein solcher Wandel ist um so notwendiger, als die Qualität der aus der Provinz kommenden Milch zum Teil außerordentlich schlecht ist. Bei einer Befestigung der Meierei Wölke, die gestern durch den Stadtverordneten-Ausschuß stattfand, wurde festgestellt, daß Schwankungen des Fettgehalts von über 5 Proz. bis herunter zu nur 1,9 Proz. täglich festgestellt werden. Die Stadtverordneten mußten sich überzeugen, in wie zum Teil ekelerregender Weise die in Berlin eintreffende Milch verschmutzt ist. Um so krasser tritt das Verhalten der Spitzenorganisation der Landwirtschaft zutage, die gestern Verhandlungen mit den städtischen Deputierten über eine andere Regelung der Milchpreisfestsetzung als Mißlingen ließ. Ueber die Verhandlungen berichtet die B.S.-Korrespondenz.

Die Vertreter des Milchamtes, Pfeiffer und Stadtrat Richter wiesen an Hand zahlreicher Beispiele und Unterlagen nach, daß weite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung heute die Milch nicht mehr als ein Nahrungsmittel, sondern als einen Luxus zu betrachten gewöhnt sind und daß infolge der übermäßig hohen Preise die tuberkulösen Kinder der Großstadt, deren Progenitoff in Berlin ein erschreckend hoher ist, auch nicht entfernt so mit Milch versorgt werden können, wie es noch notwendig ist. Trotz dieser Ausführungen versagten die Vertreter der Landmeiereien generell eine Erhöhung der Milchpreise, da sonst der „Anreiz“ für die Produzenten fehle. Die Vertreter des Milchamtes lehnten diese Forderung rundweg ab und erklärten, daß eine generelle Erhöhung ausgeschlossen sei, angesichts der Tatsache, daß immer mehr verschäufte Milch nach Berlin eingeführt werde. Das Milchamt könne sich bestenfalls dazu entschließen, für einwandfreie Ware Prämien zu zahlen. Auch die Vertreter der Landmeiereien vertraten selbst die Ansicht, daß die Milchpreisberechnung nach der Relation 1:9 für Berlin unhaltbar sei. Sie machten den Vorschlag, den Milchpreis auf der Grundlage 1:10 1/2 zu errechnen. Gegen diesen Vorschlag erhob sich ein starker Protest der Landmeiereien und der Vertreter des Brandenburgischen Landmeiereiverbandes. Prof. Tzelle, griff die Vertreter des Milchamtes in einer persönlich so scharf zugelegten Weise an, daß die Herren den Saal verließen. Auch die Vertreter des Milchhandels gaben durch Stadtverordneten Müller-Franken eine scharfe Erklärung in dem Sinne ab, daß zusammen mit der Berliner Bevölkerung der Milchhandel von den städtischen Produzenten mehr Einsicht und soziales Empfinden als bisher erwarten müsse. Die Landmeiereien wollten sich zu dem Vorschlag der Landwirtschaftskammer jedoch nicht bereit erklären, und so wird morgen der Schlichtungsausschuß beim Oberpräsidium angerufen werden, der eine endgültige Entscheidung zu treffen hat.

Wenn schon Leute von der Dentweise des Stadtverordneten Müller-Franken gezwungen sind, in scharfer Weise gegen den Bucher des Landmeiereiverbandes Front zu machen, dann kann man sich ein Bild von der Schamlosigkeit machen, mit der sich diese Herren über die wichtigsten Interessen der städtischen Bevölkerung hinwegsetzen. Die Verhandlungen werden am Montag in der Städtischen Ernährungsdeputation beraten werden. Ein Scheitern würde, wenn nicht durch einen Eingriff der Regierung die Milchversorgung zu erträglichen Preisen endlich gesichert wird, von den fürchterlichsten Folgen für die Berliner Bevölkerung sein.

Verschmutzung der Milch.

In der Hege gegen das Berliner Milchamt kehrt oft der Vorwurf wieder, die nach Berlin eingeführte Milch werde unter anderem auch dadurch „unnützlich veräuert“, daß man sie hier noch einer Behandlung in der Meierei Wölke unterzieht. Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung des Antrages Schwent über die Sicherstellung der Milchversorgung erhielt gestern Gelegenheit, die ganze Meiereianlage mit ihren komplizierten Apparaten zur Zeit des Betriebes im Morgengrauen zu besichtigen.



8. Dezember.

Es war heute wieder einmal schrecklich mit dem Geldausgeben. Mehr als 2000 Mark bin ich losgeworden, und wenn man das bisherige, das man dafür kaufte, ansieht, möchte man es beinahe gar nicht glauben. Im ganzen habe ich gekauft

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Brot, Liter Milch, Wfd. Wirtshaus, Wfd. Salz, 1 Liter Petroleum, Zeitung, Fahrgehd.

Zu Mittag gab es Wirtshaus. Ich habe dazu 2 1/2 Pfund Kohl, etwa 1/4 Pfund Salz und etwa 4 Pfund Kartoffeln verbraucht, so daß dieses Mittagessen für 5 Personen heute etwa 400 Mark gekostet hat. Billiger ist es beinahe gar nicht mehr zu machen. Ich weiß nicht, wie das noch werden soll. Mir wird wahrhaftig schwindlig von den vielen Zahlen.

Ich war heute in der Frauenklinik, da hört und sieht man auch so allerlei. Als ich gerade angekommen war, hörte ich ein Kind, das der Arzt gerade behandelte, jämmerlich weinen. Als die Mutter herauskam, erzählte sie uns, daß das Kind, ein Mädchen von einem Jahre, mit einer widerlichen Krankheit befallen sei, die der Vater aus dem Felde mitgebracht hatte. Die ganze Familie ist unglücklich geworden. Die Mutter muß nun täglich mit der Kleinen zur Behandlung. Es ist doch entsetzlich, daß ein solch kleines Kindchen von so einer fürchterlichen Krankheit ergriffen ist und sein ganzes Leben darunter leiden muß. Dann kam ein blutjunges Mädchen vom Arzt heraus, bloß wie der Tod, und ging still und schau, ohne ein Wort zu sagen, an uns vorüber. Einer anderen Frau war erklärt worden, daß sie sich einer Operation unterziehen müsse, wenn sie wieder gesund werden wolle. Andere wieder müssen monatlang in die Klinik kommen, um wieder zu ihrer Gesundheit zu kommen. Solch eine Frauenklinik ist eine wahre Stätte des Elends und des Jammers, und ich bin nur froh, wenn ich einen solchen Besuch hinter mir habe.

Direktor Pfeiffer und seine Mitarbeiter gaben Auskunft über die Einzelheiten der meiereimäßigen Behandlung, über das Reinigungsverfahren, die Pasteurisierung, die Kühlung usw., auch über die Entschmutzung, die Käsebereitung, die Verteilung an die Kleinhandler. Den Hausfrauen wird von manchen Händlern gern erzählt, daß der Weg über die Meierei eine wichtige Ursache der Milchverfäulnis sei und daß es der meiereimäßigen Behandlung in Berlin „gar nicht mehr bedürfe“. Wer das behauptet, dem fehlt entweder jedes Verständnis für die Sache oder er legt absichtlich die Unwahrheit.

Richtig ist, daß die meiereimäßige Behandlung, wenn sie gut sein und ihren Zweck erfüllen soll, nicht billig sein kann. Sie erfordert in Berlin einen Kostenaufwand, der jetzt bereits 16 M. pro Liter ausmacht, aber diese Ausgabe kann leider nicht erspart werden. Die Milch gelangt nach Berlin in ärgerlich verschmutzter, durchsetzt nicht nur mit unzählbaren krankheitsregenden Keimen, sondern auch mit reichlichen Beimengungen ganz gewöhnlichen Dreckes. Durch das Reinigungsverfahren und die nachfolgende Pasteurisierung werden der Milch die Bakterien größtenteils entzogen, sie wird aber auch gleichzeitig von all dem Schmutz befreit, den sie in den Meiereien der Landwirte aufgenommen hat. Bei dem gestrigen Besuch in der Meierei Wölke wurden vor unseren Augen aus den Zentrifugen große Mengen Rückstände herausgeholt, Hände voll schmutzigen Schlammes, dessen Anblick manchem die Milch vererben könnte. Auch allergrößte Verschmutzungen kommen zuweilen in einem Umfange vor, den man kaum für möglich halten sollte. Beispielsweise werden im Sommer nicht selten in der Milch viele Fliegen gefunden, die nicht erst aus dem Transporter hineingelangt sein können, weil ja die Gefäße unterwegs verschlossen ge-

halten werden. Untersuchungen in dem Laboratorium der Meierei haben ergeben, daß auch die in der Provinz bereits mit gleichfalls nicht geringen Kosten gereinigte Milch noch reichlich Schmutz enthielt und in Berlin der nochmaligen Reinigung bedurfte.

Bei der Behandlung in der hiesigen Meierei wird die aus den verschiedenen Provinzen kommende Milch gemischt, womit auch ein Ausgleich des Fettgehaltes möglich wird, der ganz außerordentlich weit voneinander abweicht. Gestern z. B. wurde ein Fettgehalt von 1,75 Proz. bis zu 5,70 Proz. ermittelt, so daß die fettreichste Milch den dreifachen Fettgehalt der fettärmsten hatte. Nur zu oft hat Milch einen so niedrigen Fettgehalt, daß sie für sich allein gar nicht verkauft werden könnte.

Nahrungsmittelhamsterei en gros.

Schamloser Bucher und trotzdem nur Geldstrafe.

Ein typischer Fall von Nahrungsmittelhamsterei zum Zwecke der Preissteigerung beschäftigte das Buchergericht des Landgerichts I. Angeklagt wegen Zurückhaltung von Waren, um unter Ausnutzung der Tatsache der täglichen Preissteigerung übermäßige Gewinne zu erzielen, war die Kolonialwarenhandlerin Juliane Savida.

Am 20. Oktober d. J. kamen zwei Beamte der Bucherabteilung des Polizeipräsidiums in das Geschäft des Angeklagten, welches, wie immer bei zu erwartenden Preissteigerungen, einen sichtbaren Mangel an Waren zeigte. Als die Beamten Zucker forderten, erklärte ihnen die Angeklagte, schon seit Wochen keinen zu besitzen. Die Tatsache des Fehlens auch anderer Waren begründete die Angeklagte mit der heute so beliebten Ausrede vieler Lebensmittelverkäufer, daß sie außerstande sei, größere Mengen einzukaufen, weil die Preise so hoch seien. Die Beamten stiegen jedoch auf diesen Schwindel nicht herein, sondern nahmen zum Entsetzen der erbleichenden H. eine sofortige Hausdurchsuchung vor, welche ein überraschendes Ergebnis hatte. In einem Nebenraum waren säckeweise Zucker, Mehl, Erbsen, Bohnen, Reis, Rubeln, Kunsthonig, Kakao, Schokolade, Malz- und Gerstenkaffee, Salz, Streichhölzer usw. aufgestapelt. Alle diese Waren hatte die Angeklagte schon vor längerer Zeit, wie sich aus den Rechnungen nachweisen ließ, zu billigen Preisen eingekauft und verkauft zu den hohen und stets noch steigenden Tagespreisen. Sämtliche vorgefundenen Waren wurden beschlagnahmt. Der Anwalt glaubte dieses gefährliche Verbrechen auf die nur bald in Rot und Bergweisung verkommene Verbraucherhaft mit ganzen 25 000 Papiermark ahnden zu müssen. Das Gericht war der Ansicht, daß hier mit den notwendigen Lebensmitteln in schamloser Weise Bucher getrieben worden war und erkannte trotzdem nur auf - 50 000 Papiermark Strafe für ein Vergehen, für das sich zweifellos eine ganz empfindliche Gefängnisstrafe gehört hätte.

Tragödie eines ehemaligen Feldsoldaten.

Eine in den ersten Wirren der Revolutionstage häufig verübte Straftat fand erst jetzt nach vier Jahren eine gerichtliche Sühne. Gegen den Schriftsetzer Arthur A. Schwebel seit über drei Jahren bei der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief, A., welcher seinerzeit nach seiner Rückkehr aus dem Felde der republikanischen Soldatenwehr beigetreten war, hatte damals in Erfahrung gebracht, daß eine Frau Frieda S. in ihrer Wohnung für 100 000 Mark Sacharin verborgen halten sollte. Er suchte sich unter den Mitgliedern der Soldatenwehr einige Leute aus und erschien bewaffnet eines Tages in der Wohnung der Frau S. Das Vorhaben gelang aber nicht, und so ergriff A. die Flucht. Später kam er nach Berlin zurück führte ein ordentliches und arbeitsames Leben, aus dem ihn eine plötzliche Verhaftung sah herausriß. Nach langer, 5 Monate dauernder Untersuchungshaft kam sein Fall zur Erledigung. Mit Recht durfte Staatsanwalt Eisenstadt um milde Bestrafung bitten, da sich die Tat in den ersten Revolutionstagen abgespielt hatte, in denen alles drunter und drüber gegangen war. Das Gericht nahm auch mildernde Umstände an und erkannte auf eine für den Betroffenen doch immerhin recht empfindliche Strafe von 9 Monaten Gefängnis, wobei ihm nur ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet wurde. Der Angeklagte wurde auch aus der Haft entlassen und ihm für den Rest der Strafe eine Bewährungsfrist in Aussicht gestellt, die hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten läßt.

Das Neue Museum ist wegen Arbeiten an den Heizungsanlagen bis 11. Dezember der Besuch des Publikums gesperrt.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vick Baum.

Es waren die Veteranen, die Verwundeten und Gezeichneten von Grubeneinstürzen. Anselmus schaute mit gedankenvollen Augen um sich und war bedrückt. Dies alles, Zehle, Bahnhof, Kaserne - denn es war doch Kaserne - war dem Dorf so unidentifizierbar entfernt. Es sah aus wie ein Stück der verlassenen zertrümmerten Welt, unverändert, unveränderlich und tot. Er forschte in den Gesichtern, und was er fand, erschreckte ihn. Es waren die alten, unverwandelten Gesichter, die abgemähten, proletarischen, mit dem stumpfen oder rohen Felerobendächeln; er hatte zu ihnen gesprochen Jahre um Jahre, hatte gemacht, daß sie sich ihm zuwandten, lebten, glühten, neu wurden. Nun zwang er sie wieder in das frühere Leben zurück. Das Zehelengelande lag vor seinem Blick wie ein schales, fast gespenstisches Ueberbleibsel, eine Insel. Zu viele Inseln, dachte Anselmus, und in ihm war Zerbröckeln und großes Mißsein. Das Kohlenwerk. Die Fabrik - sie wuchs und fraß Menschen. Dann Bernwards Unternehmen, das in weitem Umkreis die Stadt in sich aufsaugte, sie aufbaute mit allem bürgerlichen und häßlichen Behagen von Schaltern und Heizungen, schreienden Grammophonen, ratternden Nähmaschinen, trompetenden Automobilen und dem Klingklang immer gleicher Fabrikware. Er hob den Kopf und spähte durch den blauen Abend in die Weite. Ganz fern und hart war die Kontur des Norderberges in den Himmel gezeichnet, es war, als käme die laute Luft von dort her.

Während er zwischen den Gemüßpflanzungen des Wertes in den Abend hineinging, drangen alle Geräusche sehr klar zu ihm. Jemand spielte eine Harmonika in gezogenen Tönen, das verdächtige die Felerabendklingel und erinnerte Anselmus an seine Knabenzeit. Er sah den Fabrikschornstein vor sich, in dem er geatmet hatte, und sein Vater, seine Mutter, seine Schwägerin. Auch die Vorstadtstraße sah er, den Schnapsladen an der Ecke, das überwölbte Arbeiterhaus, Lichtböle, graue Mauern, Jant, Trunkene, und trostloses Dasein. Er fand sich wieder und lächelte trübe: Ein wenig besser ist es geworden, dachte er.

Auch in den Baracken war der Versuch gemacht, den Bergleuten das Leben über der Erde freundlich zu gestalten. Bunte

Wände, grün, kobaltblau, apfelsinenfarben, große sonnenhingewendete Fenster. Die Möbel handgeschneid und lustig bemalt, Blumen aus den mageren Gärten in Tonkrügen. Große bequeme Betten den überarbeiteten Gliedern mit hohen, immer frischgefüllten Strohsäcken. Im Grunde war es mißglückt, wie die Spielwiesen und die Beete vor den Fenstern. Die bunten Häuser glichen dennoch ein wenig einer traurigen Maskerade. Ihre Farben verschmuckten in dieser Luft voll Kohle. Die Geräte standen roh und ungenügend in den Zimmern, weil die Frauen fehlten, die sie zurecht gebracht hätten. Zuerst waren auch Frauen und Mädchen dem Werk zur Hilfe in Küchen und Häusern gegeben worden. Aber das hatte zu schlimmen Dingen geführt. Nun war ein Territorium abgegrenzt, das keine Frau betreten durfte. Vielleicht lagerte deshalb solche Last von Graueit um das Kohlenwerk.

Im Zimmer schlief es schon. Lorenz almete gewaltig, er lag eingerollt in seinem Bett wie ein riesenhaftes Kind. Anselmus trug den Schein seiner Kerze zum nächsten Bett, da lag Francis, gleichfalls schlafend. Da die Kohlenmaske abgewaschen war, sah sein Gesicht aus wie dünnes, blaueschweißes Porzellan, unter den Lidern schimmerten die Augäpfel durch. Er schlief, so gestreckt und angepannt, daß es fast schien, als wache er. Sein Atem hatte einen rührenden und zerprungenen Klang.

Das dritte Bett war leer. Anselmus entkleidete sich und ließ sich in das vierte Bett fallen. Schlaf kam so plötzlich über ihn, als fielen ein Tor zu. Er erwachte davon, daß Mondlicht ins Zimmer wanderte, und von einem Flüßern. Er lag noch einen Augenblick traumumfangen und fand sich nicht im fremden Raum. Dann formte sich der Raum aus Licht und Dunkelheit und Schatten und sprach mit zwei Stimmen.

Francis und Romanos. Geh heim, sagte die Ältere, mühsame, eingeroftete Stimme. Ich stehe dich an, geh heim, Francis. Jede Nacht stehe ich dich an. Ich arbeite ja für dich - und für ihn auch. Was tust du hier in der Hölle? Du bist so jung, viel zu jung noch, steh, du hustest, du bist krank - ich stehe dich an, geh heim. Willst du denn sterben hier?

Ja, hier bin ich, weil ich sterben will. Du bist ein Kind. Willst du sterben, um ihn zu rächen? Lust du das alles nur für meine Quast? Damit ich noch einmal töte? Nur ein Kind kann so grausam sein.

Ist es fürchtbar, zuzusehen, wie ein Kind stirbt? Nicht wahr, es ist fürchtbar. Schau mein Kissen an - im Schlaf habe ich es blutig gekustet. Schau das Blut an - Mörder. Heim soll ich gehen? Wohin heim? Mein Bruder ist erschlagen. Meine Mutter ist gestorben im Kummer. Sei ruhig - bald ist es auch mit mir aus. Rühre mich nicht an - nicht du darfst mir den Schweiß von der Stirne wischen.

Du hast mir heute erlaubt, deine Füße zu wärmen, da war ich froh, Francis. Nein, froh war ich nicht. Aber ich konnte atmen, eine Stunde lang. Ich habe deine Mutter ernährt wie ein Sohn, ich habe in meinen freien Stunden ihren Aker bestellt, und er hat getragen. So ganz verflucht kann meine Hand nicht sein. Ich habe sie gepflegt, wie sie ohne Bewußtsein lag, und habe sie begraben. Ich bin ins Bergwerk gegangen, damit sie dir Kleidung und Essen geben sollten. Ich bin so krank, so ganz zerfressen von Reue und Demut - und doch ist es da unten, als hätte Gott mich vergessen. Ja, sagte er vergraben, Gott hat mich vergessen. Sonst würde er mir meine Buße lassen. Aber du stehst da hinter mir und läßt mich nicht büßen.

Wie willst du büßen? Du weißt es. Jeden Tag arbeite ich, bis ich umfalle und sie mich wegtrennen von der Arbeit. Mein Brot gönne ich mir nicht. Das Bad gönne ich mir nicht, nicht das Hemd am Leib, nicht das Bett, nicht die Luft, nicht den Schlaf. So ganz verbrannt haben mich die Gedanken, daß ich kein Mensch mehr bin, nur eine Wunde -

Den ganzen Berg kannst du umgraben; dein Brot kannst du hergeben und dein Hemd und deinen Schlaf. Lebendig-machen kannst du nicht. Trösten kannst du nicht. Büßen kannst du nicht. Du bleibst doch nur ein Würde.

Anselmus lag reglos im Bett und seine Lippen begannen zu bebren. Seine Hände wurden schwach, als er ihnen alles Bist. Das bist ich selbst, dachte er wieder. Das ist mein eigenes Herz, in dem die beiden Stimmen sprechen. Einen fürchtbaren Weg bin ich gegangen. Gott, Gott, und wo bin ich jetzt.

Schlaf fiel wieder über Anselmus. Lorenz' Atmen hörte er noch als etwas Befreundetes und Wirkliches in der fremden Nacht, dann wachte er nichts mehr.

Am Morgen war alles nüchtern und nicht wahr. Das Bett des Romanos war unberührt geblieben. (Fortsetzung folgt.)

Ein Opfer der Kohelt.

In der letzten Nacht gegen 1 Uhr wurde in der Stalhofer Straße, an der Ecke der Brangelstraße, ein Mann mit schweren Stichwunden bewußtlos aufgefunden. Die Polizei ermittelte, daß kurz vorher an dieser Stelle ein Auto gehalten hatte, dessen Fahrgäste wegen der Bezahlung der Taxis in Streit geraten waren. Der laute Wortwechsel lockte einen Passanten, den Kohleleger Billy Hartmann, der in der Stalhofer Straße 76 wohnte und auf dem Nachhausewege begriffen war, herbei. Kaum hatten die Streitenden den neben ihnen stehenden Hartmann bemerkt, als sie sofort über diesen herfielen und ihn mit einem scharfen Messer oder einem Stockdegen bearbeiteten. Von mehreren tiefen Stichen in den Rücken getroffen, blieb der Lieberfallene liegen. Die Fahrgäste flüchten darauf schleunigst wieder in das Auto und fuhr davon. Einer von ihnen rief noch beim Weiterfahren: „Der hat genug!“ Hartmann wurde in bedrohlichem Zustand in das Urbankrankenhaus eingeliefert. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Die Nummer des Kraftwagens ist bekannt. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich umgehend beim Kriminalkommissar Müller auf dem Postamt Kreuzberg zu melden. Die reinen Kohleerwerbungen, Ueberfälle auf harmlose Passanten, besonders oft aber auf ruhig von der Nachtarbeit ihres Weges kommende Arbeiter, mehrten sich in der letzten Zeit in so auffälliger Weise, daß Polizei und Justiz sich besonders angelegentlich mit dieser recht dunklen Seite des Berliner Lebens befassen sollten.

Pfeffer in die Augen. Ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall wurde gestern nachmittag in der Poststraße verübt. Als die 14 Jahre alte Verkäuferin Margarete Abend aus der Müllerstr. 175 durch die Poststraße kam, schüttete ihr vor dem Hause Nummer 28 ein junger Mann Pfeffer in die Augen, so daß sie nicht mehr sehen konnte. Dann entriß er ihr die Aktentasche, in der sich 100 000 M. befanden, die sie zur Bank bringen sollte, und versuchte damit davonzulaufen. Auf die Hilferufe des überfallenen Mädchens nahmen Passanten die Verfolgung des Räubers auf, holten ihn auch ein und nahmen ihn die Aktentasche ab. Der Räuber wurde der Kriminalpolizei übergeben, die ihn als einen 27 Jahre alten Handlungsgehilfen Alfred Erdmann aus der Wallstr. 67 zu Charlottenburg feststellte.

Gegen den Wucher mit Weihnachtsbäumen.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Von den auf den hiesigen Markt kommenden Weihnachtsbäumen zählen zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf die die Preisstreibeinerordnung Anwendung findet, im allgemeinen Bäume bis zu einer Höhe von 3 Metern. Als Luxusbäume und daher nicht unter die Preisstreibeinerordnung fallend anzusehen sind dagegen Bäume von mehr als 3 Meter Höhe (sogenannte Saalbäume) und Edel-, Blau- und Doppelkannern, insbesondere, wenn es sich um besonders gutgemachte und gut erhaltene Exemplare handelt. Als Kleinhandlersonschlag wird für Weihnachtsbäume, die zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zählen, ein Satz von durchschnittlich 60 Proz. für angemessen erachtet. In diesem Satz sind die Unkosten für Abfuhr vom Bahnhof, Sortieren, Ausbessern, Platzmiete, Hilfskräfte, Verlust, Steuerabgaben und der Reingewinn enthalten. Sämtliche polizeilichen Dienststellen haben Anweisung erhalten, unter Beobachtung der angegebenen Gesichtspunkte auf das energischste gegen etwaigen Wucher einzuschreiten, in besonders trassen Fällen durch Beschlagnahme und sofortigen Verkauf zu angemessenen Preisen. Der Weihnachtsmarkt und damit gleichzeitig der Einzelverkauf der Bäume im Straßenhandel beginnt am 11. Dezember.

Wieder in Nummer Sicher! Nach der jüngsten Flucht Kominskis hat man sich entschlossen, die durch ihre Einbrüche und mehr noch durch ihre aufsehenerregenden Ausbrüche aus den Gefängnissen vielfach genannten berüchtigten Hoteldiebe Karl Bernoiat und Otto Kominski wieder in das Untersuchungsgefängnis zu bringen. Sie sind gestern nach Raabit überführt worden. — Auch der Kaufmann Friß Braß, welcher sich am 23. v. M. wegen des Raubmordes an der 47jährigen Privatiers Lucie Behnig vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten hatte und trotz der Schwere des auf ihm lastenden Verdachtes merkwürdigerweise vom Gericht auf freien Fuß gesetzt wurde, ist auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft wieder verhaftet worden.

Die Besitzer von Haustieren werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am 9. und 10. d. M. zur Bekämpfung der Ratten Phosphorlawerger ausgelegt wird. Da diese Lawerger auch für größere Tiere tödlich ist, wird dringend davor gewarnt, die Haustiere am 9. und 10. d. M., sowie in den nächstfolgenden Tagen frei herumlaufen zu lassen.

In der Weihnachtsausstellung der Berliner Gewerkschaftskommission, die am 9. Dezember (heute) eröffnet werden und bis zum 29. Dezember dauern wird, werden wie im vorigen Jahre — nur reichhaltiger und schöner — praktische Gebrauchsgegenstände, Bücher, anregende Unterhaltungsspiele und Bilderbücher, ausgewählter künstlerischer Wandschmuck, farbenprächtige Tonwerke und manches andere den Berliner Arbeitern preiswert zum Kauf bereitgestellt sein.

Der Deutsche Kalender, herausgegeben von der „Reichszentrale für deutsche Verlehrswerbung“ hat auch in der zweiten Auflage für 1923 den größten Wert auf beste drucktechnische Ausstattung gelegt; wieder zeigen über hundert Blätter deutsche Landschaften, deutsche Städte, Meisterwerke deutscher Kunst. Norddeutsche Heide- und Küstenlandschaften wechseln ab mit Bildern aus dem Feldgeheim Oberbayerns, mitteldeutsche Schlösser und Burgen mit den Denkmalen mittelalterlicher Baukunst, Aufnahmen aus den Hohlhöhlen mit fäulnisverträumten Winkeln Süddeutschlands. Man könnte diesen Kalender einen freundlichen Führer nennen durch deutsche Schönheit, deutsche Kultur und deutsche Kunst, einen Führer, der nur zu den Augen spricht mit der bereichernden Sprache der Welt: durch den Sinn für das Schöne, Gewaltige und Liebliche. — Auf dem Weihnachtsfest wird er wie ein lieber, lehnrunderwender Gruß aus jenen schönen Tagen wirken, die man im Laufe der Jahre durchwandert hat oder noch durchwandern möchte.

Beschwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorschläge

Kohlenschmerzen.

Das Kohlenamt erwidert.

Das Kohlenamt der Stadt Berlin erwidert auf den im „Unzufriedene Berlin“ vom 2. Dezember enthaltenen Artikel das Folgende:

Die Angabe, daß Kohlenhändler nur die Hälfte ihres Bedarfs erhalten, beruht auf einem Mißverständnis. Es bekommt jeder Händler die Mengen, die zur vollen Befriederung der freigegebenen Kohlenartenabschnitte erforderlich sind. Die Leistungen der Braunkohlengruben bzw. der Braunkohlfabriken genügen jedoch nicht, um sämtliche 20 Abschnitte der Kohlenarten in einem Jahr zu beliefern, vielmehr werden nur etwa 55 Proz. des Bedarfs gefördert, und reicht daher die Kohlenarten nicht ein Jahr, sondern — allerdings durch Streckung, indem 3 Abschnitte mit den doppelten Mengen beliefert werden —, zwei Jahre. Auf einem Irrtum beruht auch die Ansicht der Verbraucherschaft, daß bei Freigabe eines Kohlenartenabschnittes die hierfür benötigten Kohlenmengen, etwa 3 Millionen Zentner, schon vorhanden sind. Dies ist natürlich unmöglich, sondern der zuletzt freigegebene Abschnitt soll in der Zeit beliefert werden, bis der nächste Abschnitt zur Befriederung aufgerufen wird. Was den Vorschlag eines Einbinders anbelangt, die Preisrückführungen jeweils auf den Zeitpunkt der Freigabe der Abschnitte abzustellen, so weisen wir darauf hin, daß Grubenpreiserhöhungen und Abschnittsfreigaben durch ganz verschiedene, voneinander unabhängige Momente bedingt sind. Während die Grubenpreise vom Reichskohlenverband ohne jede Mitwirkung des Kohlenamts festgesetzt werden und sich naturgemäß in den vom Marktstrat festgesetzten Kleinverkaufspreisen auswirken müssen, vermag das Kohlenamt den in letzter Zeit bekanntlich mehrmals im Monat notwendig gewordenen Preissteigerungen mit den Abschnittsfreigaben aus den oben angeführten Gründen nicht in gleichem Maße zu folgen.

Kohlenhandel und Kohlenwucher.

Zu unseren unter der Ueberschrift „Die Kleinkohlenhändler“ in der Donnerstag-Abendausgabe erschienenen Ausführungen wird uns mitgeteilt, daß allerdings gegen eine große Anzahl Kohlenhändler des Strafverfahren wegen Zurückhaltens der Kohlenvorräte und zu hoher Preisberechnung eingeleitet worden ist. Es handelt sich um einen Kreis von 200 bis 300 Personen. Wenn es in der Zuschrift aber weiter heißt, daß zwischen dem 16. und 20. November einige Kohlenhändler durch die Wucherpolizei geschädigt worden sind, indem man sie zwang, Kohle zum alten Preis zu verkaufen, während bereits neue Richtpreise herauskommen waren, so bedarf das einer Ergänzung. Die Wucherpolizei erfolgte mit gutem Vorbedacht. Die Kohlenhändler haben hier zum erstenmal eine Prognis am eigenen Leibe zu spüren bekommen, die sie großenteils dem Publikum gegenüber seit zwei Jahren verfolgen, indem sie bereits am Tage nach dem Ausruf des neuen Preises den Käufern diesen Preis berechnen, während die tatsächlich abgelieferten Kohlen noch aus den alten Beständen stammen. Da dem Wucheramt gerade in dieser Hinsicht Klage auf Klage einging, hat es einmal ein Exemplar statuiert, um die Händler vor unberechtigten Preisforderungen zu warnen. Wenn hierbei einige Händler unschuldig getroffen worden sind, so ist das an und für sich zu bedauern. Das läßt sich in Zukunft aber nur vermeiden, wenn man in Verkäuferkreisen von Methoden Abstand nimmt, die sie als ungerecht empfinden, wenn sie gegen sie selbst angewandt werden.

Schupo, greif' zu!

Seit etwa drei Wochen treibt eine Metallmarderbande auf dem Wedding in den anliegenden Straßen ihr Unwesen, und zwar kann man ganze Straßenzüge bzw. Seitenstraßen beobachten, in denen von den Portierfenstern die Schupbdiebe abgerissen und die Regengossen gestohlen worden sind. In meinem Bezirk in der Schönwalder Straße haben wir die Beobachtung gemacht, daß die Zeit der schlimmsten Beutezüge immer in der Zeit von 1 bis 4 Uhr nachts lag. Leider war es uns nicht vergönnt, die beiden jungen Burschen, die auch unser Haus in diesem Sinne bestohlen haben, zu fassen. Mehrere Bewohner dieser Gegend möchten hierdurch die Polizei ersuchen, doch ihr besonderes Augenmerk auf dieses Gefindel zu richten, da doch letzten Endes die Mieter der bestohlenen Häuser die Leidtragenden sind und die Armen der Armen die Reuananschaffung bezahlen müssen.

In der Egerzierstraße hat ebenfalls eine Metallmarderbande ihr Unwesen getrieben. Auf der einen Seite der Straße sind von fast sämtlichen Häusern die Regenabflüsse bis zu 4 Meter über dem Erdboden abgeschnitten, weil sie aus Zinkblech bestehen. Außerdem hat man in dem Gehaus Egerzierstraße — Schußstraße alle Keller erbrochen, in denen man Viehrohre für Wasserleitungen vermutete. Zur Vorsicht haben aber die Diebe vorher den Hauptwasserhahn abgedreht. An der Ecke Schul- und Egerzierstraße befindet sich die Neuter-Stiftung, deren Jaun in der Egerzierstraße aus Brettern besteht. Auch diesen Jaun hat man versucht, langsam abzubauen. In später Abendstunde werden die Bretter einfach abgerissen. Es handelt sich hier um eine Stiftung, die unter kommunaler Verwaltung steht und die sich direkt gegenüber dem Wohnsitz des Bürgermeisters vom Wedding befindet. Die

Die Frage des Staffellarfs auf der Straßenbahn, die in der Groß-Berliner Bevölkerung eigentlich ständig erörtert wird und zu der auch in unserer heutigen Rubrik „Das unzufriedene Berlin“ ein Vorschlag gemacht wird, ist nach der letzten Tarifserhöhung auf 50 M. mit vermehrter Eindringlichkeit aufgetaucht. Der Verwaltungsrat der Straßenbahn wird sich in seiner nächsten Sitzung am Montag mit dieser Frage beschäftigen und erneut die betriebstechnischen und finanziellen Gesichtspunkte prüfen.

Für das Gemeindebestimmungsrecht. Aus Anlaß der Alkoholgegenwoche in Schöneberg fand gestern abend in der Fichte-Realschule, Kolonnenstraße 22/23, eine überfüllte Versammlung statt, in welcher der Schriftsteller Georg Davidsohn über das Gemeindebestimmungsrecht sprach, jene bekannte Forderung der Alkohol-

Schupo sollte doch ein wenig nachsamer hier oben sein, denn die Zustände nehmen in dieser Gegend immer wildere Formen an. E.

Sind Teilstrecken durchführbar?

Um die Straßenbahn ihrer Bestimmung, nämlich Fahrgäste in großer Zahl zu befördern, näherzubringen, möchte ich nachstehende Einrichtung vorschlagen: 1. Sämtliche Haltestellen jeder Linie werden laufend nummeriert. Dies geschieht bei den Haltestellen hinter der Liniennummer, bei den alten Haltestellen durch Anbringen von Schildern ähnlich den an den Auto-omnibushaltestellen mit der Aufschrift der Linien- und Haltestellennummern. 2. Sämtliche Teilstrecken erhalten außer der laufenden Nummer und den ABCD-Ecken in Rubriken die Nummern 1 bis 100. (Das ist nur eine angenommene Zahl.) In jedem Wagen und auf den Plattformen werden Tabellen angebracht, welche anzeigen, wo sich die Haltestellennummer befinden. Ebenfalls hat der Schaffner eine solche in der Tasche, um sich in der ersten Zeit schnell orientieren zu können und um sie dem Kontrollbeamten mit der Fahrliste übergeben zu können. Unter der Annahme, die Straßenbahn ließe für die Hälfte oder zwei Drittel des Gesamtfahrpreises 15 Haltestellen fahren, würde sich die Sache im Betrieb folgendermaßen ausnehmen: Jemand besteigt den Wagen der Linie X an Haltestelle Nr. 3 und fordert einen Teilstreckenfahrchein. Dieser wird vom Schaffner in Rubrik Nr. 3 gelocht und der Fahrgast muß den Wagen an Haltestelle 18 verlassen. Nach der 15. Haltestelle auf seiner Fahrt beginnt der Schaffner mit dem Ausrufen: z. B. „Haltestelle 22 Leipziger, Ecke Friedrichstraße“. Sollte es vorkommen, daß Wagen aus unvorhergesehenen Fällen von ihrem Kurs abliegen müssen, so kann der Fahrgast mit Teilstreckenfahrchein so lange im Wagen bleiben, bis der Wagen wieder in den alten Kurs einbiegt. Während dieser Zeit dürfen vom Schaffner keine Teilstreckenfahrcheine ausgegeben werden.

2400 M. Monatsrente.

Im Jahre 1906 hat der Holzhauer R. aus Spandau durch Verschulden eines Eisenbahnbeamten dadurch einen schweren Unfall erlitten, daß er von einem Zuge überfahren wurde und völlig erwerbslos geworden ist. Die Eisenbahndirektion hat ihr Verschulden anerkannt und im Jahre 1906 im Vergleichsweg sich zur Zahlung einer jährlichen Rente von 900 M. verpflichtet. Nach dem Kriege ist diese Rente einige Male erhöht worden, zuletzt mit Wirkung vom 1. Juli 1922 auf 2400 M. monatlich. Jedemal vergingen einige Monate, ehe sich die Eisenbahndirektion zur angemessenen Erhöhung entschließen konnte. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse infolge des Niederganges der deutschen Währung unangenehm verschlechterten, ist R. durch Vermittlung seines Anwalts, der ihm die Sache aus Gefälligkeit führt, am 7. September 1922 an die Eisenbahndirektion wegen Erhöhung seiner Rente herangetreten. Erst am 26. Oktober 1922 erging die schematische Antwort, „daß das Schreiben beantwortet werden würde, wenn die angelegten Erhebungen abgeschlossen sind“. Damit war die Sache für die Eisenbahndirektion erledigt. Bis zum heutigen Tage ist eine weitere Antwort, gleichwie eine Erhöhung der Rente nicht erfolgt. Die fortgesetzten Mahnungen des Anwalts sind schweigend übergegangen worden. Eine an den Reichsverkehrsminister am 16. November 1922 gerichtete Beschwerde ist bisher ebenfalls unbeantwortet geblieben. R. ist nunmehr genötigt, die Gerichte in Anspruch zu nehmen. Inzwischen ist die Rente der alten Rente — R. und seine Ehefrau befinden sich in den 60er Jahren — unentgeltlich geworden. Man fragt sich aber, ob es notwendig ist, daß die Staatskasse durch hohe Projektkosten, die vermieden werden könnten, belastet wird in einem Augenblick, wo das Volk schon unter der schweren Steuerlast zusammenzubrechen droht. Et.

Wohnungsbauabgabe und Katasteramt.

Im vorigen Monat ließen sich die Vermieter mit dem fälligen Mietzins auch zwei Raten der viel erörterten Wohnungsbauabgabe zahlen. — Diese Abgabe kann jetzt von Mietern, die mehr als 60 Jahre alt sind, zurückgefordert werden; auch von Personen unter 60 Jahren, wenn sie minderbemittelt sind. Der Antrag ist für Charlottenburg an das Katasteramt zu richten, Sitz im dortigen Amtsgerichtsgebäude. — Auf meinen Antrag ging mir eine gedruckte Anweisung zu, welche Belege und Bescheinigungen (darunter Geburtscheine) einzureichen seien. Es war eine ganze Reihe; für die Älteren vier, für die Jungen etwa das Doppelte. — In seiner Drucksache sagt das Amt nicht, daß seine Räume nur an vier Wochentagen geöffnet seien. Einestheils, um meine Belege tunlichst gleich wieder an mich zu nehmen, andernteils um nach den Erfahrungen mit anderen Vermietern die Gewißheit zu erlangen, mein Antrag sei ordnungsmäßig, und (zuletzt doch nicht zum geringsten Teil) um Fahrgeld zu ersparen, begab ich mich zu Fuß nach dem Charlottenburger Justizpalast, der bekanntlich noch hinter dem Stadtbahnhof liegt, zum Zimmer Nr. 17. Aber welche Ueberraschung! Ein Anschlag besagt, das Katasteramt sei am Donnerstag und Freitag geschlossen, und es war Donnerstag. Frage: Hält die Bureaufreie es für überflüssig, neben seine Adresse auch die Dienststunden zu verzeichnen? Das Finanzamt Charlottenburg-Ost 1 ist Montags geschlossen, das Katasteramt am Donnerstag und Freitag. Bezüglich der anderen Charlottenburger Vermieter schickte es mir an Erfahrung; doch werde ich mir zweckmäßig eine eigene Registrierur für die verschiedenen Amtsstunden der Behörden anlegen. W.

gegner, nach welcher jede Gemeinde durch Abstimmung darüber entscheiden soll, ob bzw. in welchem Maße alkoholische Getränke zum Ausschank und Verkauf kommen dürfen. Dr. med. Bornstein betonte gleichfalls in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer engeren Bekämpfung des Alkoholismus vom ärztlichen, ethischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus. Die Versammlung nahm eine Entschlieung an, in welcher die Regierung um gefällige Einführung des Gemeindebestimmungsrechts ersucht wird.

Giltstelle für alte Männer. Die Verbänderte Vereine für Mittelhandbörse C. V., Ringdörfer Straße 74, haben eine Giltstelle eingerichtet, wo allen Männern Rat und Hilfe erteilt und Gelegenheit zu geeigneter Arbeit gegeben wird. Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9—12 Uhr.

Bestenfalls von hervorragender Schönheit- und Reinigungsvermögen

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-RHEINAU

